

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepalte Kolonen-
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigenspreiser: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Sonnabend, den 17. September 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorjährigen Parteitages findet der diesjährige in Stuttgart statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf **Montag, den 3. Oktober**

nach Stuttgart in den Dinkelder'schen Saalbau, Hohenstaufen- und Tübingerstraße, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Montag, den 3. Oktober, morgens 9 Uhr und die folgenden Tage:

1. Konstituierung des Parteitages. Wahl des Bureau's. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
 - a) Allgemeines — Agitation.
 - b) Reichstagswahlen.
 - c) Presse.
 - d) Kassenbericht.
3. Bericht der Kontrollen.

Verichterstatter: J. Auer und A. Gerisch.
4. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Verichterstatter: H. Meißner.
5. Das Koalitionsrecht.

Verichterstatter: R. Fischer.
6. Die Waisfeier 1898.

Verichterstatter: W. Pfannkuch.
7. Die deutsche Zoll- und Handelspolitik.

Verichterstatter: M. Schippel.
8. Anträge zum Programm und zur Organisation.
9. Sonstige Anträge.

Für Sonntag, den 2. Oktober, ist seitens der Stuttgarter Parteigenossen eine Empfangs- und Begrüßungsfeier vorgesehen. Dieselbe findet nachmittags 6 Uhr, im Zirkus, Marienplatz, statt.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

Karl Sperka, Stuttgart, Weichenburgstr. 10.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit dieses in bezug auf Quartier u. die notwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau, Adresse

J. Auer, Berlin SW., Rappachstr. 91

zu beziehen.

Berlin, den 18. August 1898.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Aus Poddieleski's Reich.

Als Herr v. Poddieleski, der ehemalige Husarenoffizier und Gutsbesitzer, zur Leitung des Reichs-Postamts berufen wurde, da versprach er Reformen zur Erleichterung des Postverkehrs und erklärte, das Wohl der Postbeamten sorgfältig im Auge behalten zu wollen.

Von den erwarteten Reformen hat man bisher kaum etwas gesehen und von der Fürsorge für die Beamten erst recht nichts. Insbesondere ist auch die Zusage, die Herr v. Poddieleski wiederholt im Reichstage abgab, daß er den Organisationsfragen der Postbeamten nicht mit Bedrückungsmäßigkeiten entgegenzutreten wolle, nicht gehalten worden.

Diese Zusage hatten die Angestellten der Postverwaltung, trotz den Stephan'schen Willkürlichkeiten entronnen zu sein, mit Jubel aufgenommen. Wie tief aber wurde diese Freude schon in dem kurzen Verlaufe der Poddieleski'schen Amtsführung herabgestimmt!

Und heute können wir Dokumente vorführen, welche beweisen, daß Herr v. Poddieleski völlig in die Wege der Stephan und Fischer eingelenkt ist, ja, daß er und seine Helfershelfer seinem Vorgänger und dessen Handlangern sogar schon um ein gutes Stück reaktionärer Verwaltung sind nunst vorausgegangen ist.

Nicht unerwartet kommt allerdings die Verfehlung solcher Beamten, welche offen sozialdemokratische Gesinnungen zur Schau getragen haben sollen. Immerhin dürfte es die Öffentlichkeit auch interessieren, wie in solchen Fällen die Postbehörde vorzugehen beliebt. Ein Beispiel hierfür giebt folgender Erlaß der Berliner Ober-Post-Direktion:

Berlin W., 29. August 1898.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts IV. 34 111.

Der beim Postamt in Braunschweig auf Lebenszeit angestellte Postschaffner Friedrich Karl Wolf hat seiner sozialdemokratischen Gesinnung öffentlich Ausdruck gegeben und durch

sein Verhalten bei den Stichwahlen für den Reichstag am 24. Juni d. J. Aufstoß erregt. Dadurch hat er die Pflicht seines Amtes verletzt und sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt. Ich verfüge daher hiermit gemäß §§ 10, 72, 83 und 84 des Reichsbeamten-Gesetzes wider ihn die Einleitung

des förmlichen Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung und gemäß § 127 a. a. O. seine Suspension vom Amte.

J. A.: gez. Spilling.

An die kaiserl. Ober-Postdirektion in

Wir kennen das Braunschweiger Vorkommnis, von dem in obiger Verfügung die Rede ist, nicht. Die Disziplinar-Untersuchung wird zeigen, ob der dem betreffenden Postschaffner gemachte Vorwurf wirklich berechtigt ist. Höchst sonderbar ist es, daß, ehe noch das Disziplinarverfahren erledigt ist, ein derartiges Rundschreiben an alle Postämter zur Kenntnismahme der Unterbeamten erlassen wird. Man hat es sehr eilig, den Unterbeamten zu zeigen, wie gefährlich es ist, sozialdemokratische Gesinnungen zu bekunden.

Uns dünkt aber, es wird hiermit der Postbehörde ganz ähnlich gehen, wie den „Propagandisten durch die That“. Wie diese will die Postbehörde durch ihren in Gesetzesform sich abspielenden Streich Aufsehen erregen und Abscheu gegen die Gesinnungsverwandten des Gemahregelten erwecken. Thatsächlich aber erregt sie Bedauern mit dem aus dem Amt Verjagten und Zorn gegen diejenigen, welche durch Gebrauch ihrer äußeren Macht Ueberzeugungen zu unterdrücken suchen.

Der Erfolg derartiger Maßregeln wird uns also nicht unangenehm sein und wir wollen darum mit der Post-Verwaltung nicht rechten, wenn sie sich herausnimmt zu erklären, daß jemand, der sozialdemokratische Gesinnung bekundet, „die Pflichten seines Amtes verlege und sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeige.“

Aber es handelt sich für Herrn v. Poddieleski und seine Helfershelfer nicht nur darum, Sozialdemokraten auszunutzen. Nein, die Herren sind bereits soweit gekommen, jede selbständige öffentliche Betätigung der Postbeamten unterdrücken zu wollen. Mit den Sozialdemokraten fängt man an; die Beseitigung jeder freien Meinungsäußerung ist das edle Ziel, daß sich die Kommando-Chefs der Postbureauratie gestellt haben.

Man lese den folgenden Kras, den das Amtsblatt des Reichs-Postamts veröffentlicht:

Berlin, 15. September 1898.

Die Wochenschrift „Deutscher Postbote“, die von einem aus dem Dienste entlassenen Postassistenten herausgegeben wird, hat mehr und mehr eine Haltung angenommen, die geeignet ist, bei den Unterbeamten das Vertrauen zu den Vorgesetzten zu erschüttern und Unzufriedenheit mit dem gewählten Lebensberufe zu erregen. Unter der Angabe, die Interessen der Unterbeamten zu vertreten, reizt sie diese zu einem agitatorischen Vorgehen gegen die Verwaltung auf.

Eins der Hauptziele meiner Amtsthätigkeit ist es, für das Wohl meiner Untergebenen zu wirken. Dafür beanspruche ich aber auch volles Vertrauen zu mir und zu meiner Verwaltung und Kernhalten von den durch den „Deutschen Postboten“ angeregten Bestrebungen, die in keiner Weise geeignet sind, den Unterbeamten die Erfüllung ihrer Wünsche zu bringen.

Ich sehe mich deshalb veranlaßt, vor dem „Deutschen Postboten“ ausdrücklich zu warnen und hoffe, daß die Unterbeamten sich fernhalten der Unterstützung jenes Blattes enthalten werden.

Das Lesen eines Fachblattes, das den Unterbeamtenstand berührende Fragen in sachgemäßer und nicht verheerender Weise erörtert, soll selbstverständlich seinem Unterbeamten verwehrt sein. Dieser Erlaß ist durch die Vorsteher der Verkehrsanstalten persönlich sämtlichen Unterbeamten gegen Anerkennung bekannt zu geben.

v. Poddieleski.

Der „Deutsche Postbote“ besteht im vierten Jahrgang und will für die Interessen der Post-Untergebenen eintreten, wie die „Deutsche Postzeitung“ für die Interessen der Postassistenten. Die Sprache des „Postboten“ ist etwas schärfer gehalten als die der „Postzeitung“, was sich aus der schlechteren Lage der Unterbeamten hinlänglich erklärt. Aber kein Zweifel ist darüber, daß das Blatt sich stets darauf beschränkt hat, die wirtschaftlichen Interessen der von ihm vertretenen Schicht zu vertreten, die Klagen der Unterbeamten anzunehmen und Abhilfe zu beschaffen. Nicht aber hat der „Postbote“ Politik getrieben. Daß er nichts Unwahres oder Ungefährliches geschrieben hat, beweist die Thatsache, daß man ihm weder strafrechtlich etwas anhaben, noch daß man trotz der mannigfachen Beschwerden, die er aussprach, ihn zu Berichtigungen veranlassen konnte. Noch in einer der neuesten Nummern des „Postboten“ heißt es in einem Leitgedicht: „Treu Kaiser und Reich im Empfinden und Denken!“

Das Verbrechen des „Postboten“ besteht lediglich darin, daß er von Personen redigiert wird, die nicht bei den Postoberen antichambrieren, die dafür aber alle Klagen der schlecht genug gestellten Post-Untergebenen entgegennehmen und freimütig in die Öffentlichkeit bringen.

Dies aber ist den Postgewaltigen in der Seele verhaft. Sie beanspruchen, wie die Bekanntmachung des Herrn v. Poddieleski sagt, volles Vertrauen. Sie wollen nicht dulden, daß ihre „Untergebenen“, wenn sie im Petitionswege an ihre „Vorgesetzten“ nicht Abhilfe ihrer Beschwerden gefunden haben, diese Beschwerden der Gesamtheit der Kollegenschaft und der weiten Öffentlichkeit unterbreiten. Herr v. Poddieleski versichert, er wolle für das Wohl

„seiner“ Untergebenen sorgen. Aber wenn die Untergebenen der Meinung sind, daß er diese Aufgabe nicht so erfüllt, wie es möglich und nötig ist, so dürfen sie diese Meinung keinesfalls laut äußern. So soll ihr Sprachrohr, das bisher sich ihrer tapfer angenommen, ausgerottet werden und ein neues Organ für die Post-Untergebenen soll begründet werden — so wird bereits mitgeteilt. Dies neue offiziöse, leiseretrische, von oben gegängelte Organ soll dem alten, bewährten, den Unterbeamten lieb gewordenen eine wahrlich sehr lautere Konkurrenz machen. Und dann soll, wie einige Anzeichen bereits sicher vermuthen lassen, auch gegen den „Verband deutscher Post- und Telegraphen-Untergebenen“ vorgegangen werden.

Das ist die Meinung der Postbehörden über die Stellung der Unterbeamten in der Herrlichkeit des neu-deutschen Reiches: der Beamte thue seine Pflicht, reibe sich auf zur Vermehrung der Schätze des Fiskus, der Beamte zahle auch seinen Steuertribut, der Beamte darf auch Politik treiben, aber nur die Politik, welche seinem Herrn, der Regierung, genehm ist.

Eine freie selbständige Ueberzeugung wird nicht gebildet. Der Beamte, der zwar seine Dienstpflicht unermüdet und unbedröffen erfüllt, aber eine Hebung seiner Lage erstrebt und seiner Ueberzeugung folgt, der wird gemahregelt.

Herr v. Poddieleski will ein Heer willenloser Kreaturen um sich sehen. Aber die Beamten wollen keine Anechte sein. Und je mehr man sie unterdrückt, und je mehr es etwa gelingt, die äußeren Anzeichen des selbständigen Denkens zu beseitigen, um so mächtiger wird sich in der Tiefe ihrer Herzen der Groll und die Erbitterung gegen das Poddieleski'sche Bevormundungsregiment ansammeln.

Die Sozialdemokratie wird davon keinen Schaden haben!

Die Wahlen

zum preussischen Abgeordnetenhaus.

Der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ veröffentlicht die folgende vom 15. September d. J. datirte Bekanntmachung des Ministeriums des Innern:

Für die Wahlen zur 19. Legislaturperiode des Hauses der Abgeordneten habe ich auf Grund der §§ 17 und 28 der Verordnung vom 30. Mai 1849 (Gesetz-Samml. S. 205) als Wahltermine, und zwar für

die Wahl der Wahlmänner den 27. Oktober d. J.

und für die Wahl der Abgeordneten den 3. November d. J.

festgesetzt, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Mit der Ausschreibung der Wahl tritt eine Aenderung einiger Bestimmungen des Vereins- und Pressegesetzes ein, auf die wir aufmerksam machen wollen.

Während der Wahlzeit, d. h. von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltermins bis zur Beendigung des Wahlablattes bedarf es zur Verteilung von Druckschriften zu Wahlzwecken, gleichviel ob diese gewerbmäßig oder nicht gewerbmäßig erfolgt, nicht des sonst für den sogenannten „liegenden Wählhandel“ erforderlichen Legitimations-scheines (s. unten § 43 der Gewerbe-Ordnung (Absatz 3 und 4 II)). Die nichtgewerbmäßige Verteilung von Druckschriften in geschlossenen Räumen (auch Wirtschaften) ist innerhalb wie außerhalb der Wahlzeit frei (ebenda Abs. 5). Für die unentgeltliche öffentliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten, Aufrufen außerhalb geschlossener Räume kommen jedoch gemäß § 30 Abs. 2 des Reichs-Presegesetzes noch die Vorschriften des § 10 des preussischen Presegesetzes vom 12. Mai 1851 in Betracht, wonach es dafür eines Erlaubnisscheines der Ortspolizeibehörde bedarf. Für Plakate gelten ferner auch während der Wahlzeit die beschränkenden Bestimmungen in § 9 des alten preussischen Presegesetzes vom 12. Mai 1851, nach welchen sie keinen andern Inhalt haben dürfen als Ankündigungen über erlaubte Versammlungen, öffentliche Vergütungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen. Wahlauftrufe dürfen danach durch Aufschlag (dem die Ansetzung oder sonstige öffentliche Ausstellung gleich steht) nicht verbreitet werden. (S. unten bei § 30 des Reichs-Presegesetzes.)

Die wesentlichen hier einschlagenden gesetzlichen Bestimmungen über alle diese Punkte lauten wie folgt:

Aus der Gewerbe-Ordnung, § 43 a. l. 3. Zur Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlablattes nicht erforderlich.

Dasselbe gilt auch bezüglich der nichtgewerbmäßigen Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken.

Vereins- und Versammlungsrecht, § 21. Wahlvereine unterliegen den Beschränkungen des § 8 nicht. Die Ausnahmen des § 21 kommen aber nur Vereinen zugute, welche lediglich für bestimmte bereits bevorstehende Wahlen auch schon vor Festsetzung des Wahltermins wirken wollen, nicht auch Vereinen, die eine dauernde Thätigkeit auch für künftige noch unbestimmte Wahlen zu entfalten gedenken.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. September.

Zu einer neuen Seite gegen die Schweiz möchte nebenbei die deutsche Unternehmerpresse den in Genf verübten Mord an der österreichischen Kaiserin auch noch ausnützen. Die Schweiz soll durch „energische“ Schritte der Großmächte dazu gezwungen werden, unter dem Stichworte der Anarchisten-

verfolgungen dieselbe schändliche Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterklasse zu treiben, wie sie nach dem Wunsche der profitierenden Ausbeuterklasse in Deutschland künftig in noch schärferem Grade inszeniert werden soll, als sie bereits heute praktisch geübt wird. Aus den letzten Kaiserreden haben die deutschen Unternehmer ihre Unterdrückungshoffnungen bis zur Siebenthe gesteuert und dieser Paroxysmus hat ihre journalistischen Helfershelfer so berauscht, daß sie zur Begründung ihrer Wünsche auf den — Wohlgemuthhandel verweisen. Die „Samburger Nachrichten“ drucken heute den brutalen Erlaß Bismarck's nach, den dieser am 5. Juni 1889 in seiner Wuth über die fürchterliche Blamage, welche seine Doppelpolitik durch die Verhaftung und Geständnisse des kaiserlichen Polizeikommissars Wohlgemuth aus Straßburg erlitten, an die Schweiz gerichtet hatte. Diese von Bismarck selbst verfaßte Drohnote wimmelte dermaßen von Unwahrheiten, Entstellungen und falschen Behauptungen, daß es der Schweiz leicht war, durch Aufzählung einiger der damals beliebten Polizei-Imperien Bismarck's Zimmungen zurückzuweisen. Es war ein langes Register von Lumpazis, auf welche die Schweiz hinweisen konnte, die mit deutschem Polizeigeld ausgestattet gerade die Handlungen selbst verübte oder dazu anstiftete, deren angebliche Duldung Bismarck der Schweiz zum Vorwurf machte. Von dem Vokspiegel Schröder angefangen, der mit dem von der deutschen Polizei erhaltenen Gelde die „Freiheit“ drucken ließ, bis schließlich herunter zum ehrenwerthen kaiserlichen Polizeikommissar Wohlgemuth, der am 5. April 1889 — schwarz auf weiß — an einen Sozialdemokraten in Basel, den er zu Verrätherdiensten fest angetrieben wählte, mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit geschrieben hatte: „Wählen Sie nur lustig drauf los, nehmen Sie sich aber in Acht, daß meine Briefe nicht in fremde Hände gerathen.“

Wie gerade dieser Handel, dessen Bloßlegung die Bismarck'sche Polizeiwirtschaft vor ganz Europa mit dem Brandmal ewiger Schande stempelte, heute angeführt werden kann zur Einschüchterung der Schweiz, ist um so unverständlicher, als gerade heute die italienische Polizei nachgewiesenermaßen in der Schweiz demselben Schicksal verfallt, dem damals die Reichsregierung verfallen ist.

Deutsches Reich.

Wegen Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank auf 10 Jahre wird am Reichstage in der bevorstehenden Sitzung, wie die „Nat.-Ztg.“ mittheilt, eine Vorlage zugehen.

Er dürfte ein Schauspiel für Götter werden, wie Herr v. Stumm und Herr v. Kardorff bei diesen Debatten sich gegenüberstellen werden.

In den Verhandlungen des Deutschen Juristentages über den dolus eventualis bemerkt treffend die „Mhein. Westf. Arbeiter-Zeitung“:

„Es kommt allein darauf an, ob der Erfolg wirklich gewollt ist, wenn auch nur eventuell. Alsdann liegt Vorjah vor. Fehlt aber die faktische Einwilligung zu dem eingetretenen Erfolge, so ist Fahrlässigkeit vorhanden. Man konstruirt nun den dazwischen liegenden Begriff des eventualdolus durch den Gedankenengang: Es ist der Wille nicht nachgewiesen, aber der Thäter mußte den eingetretenen Erfolg einsehen; wenn er ihn nur einseh, so nahm er ihn auch in seinen Willen auf. Das ist der dolus eventualis. Dieser Schluß ist absolut falsch. Hat der Thäter den Erfolg vorausgesehen, so hat er ihn wirklich gewollt; hat er ihn nicht vorausgesehen, obwohl er ihn bei Anwendung der nöthigen Sorgfalt voraussehen konnte, so ist er nur fahrlässig gewesen. Für ein Drittes, den eventualdolus, ist zwischen diesen beiden Dingen logisch kein Raum.“

Die Bedenken richten sich aber besonders gegen die immer mehr sich erweiternde Ausdehnung dieses falschen Begriffs. Niebnecht sollte bekanntlich den dolus eventualis der Majestätsbeleidigung gehabt haben, obwohl er die Absicht gehabt habe, eine Majestätsbeleidigung zu vermeiden. Das ist wohl der stärkste vorgekommene Fall, jedoch ähnliche liegen in großer Zahl vor. Der Juristentag aber nahm sogar einen Antrag an, der abermals die Anwendung des dolus eventualis erweitert; wenn ein Moment des strafbaren Thatbestandes dem Thäter zwar nicht als vorhanden bekannt ist, er aber die Möglichkeit seines Vorhandenseins annehmen muß, so genügt dieser dolus eventualis zur Verurtheilung. Als Beispiel wurde angeführt: Jemand hatte eine Dynamitbombe zum Explodiren gebracht, er wollte nur Gegenstände beschädigen, es war aber ein Mensch in der Nähe und diese Möglichkeit mußte der Thäter erkennen. Das Beispiel ist harmlos, aber angst und bange kann einem werden, wenn man sich andere nach demselben Grundsatze ausdenkt. Dem „möglich“ ist alles, was nicht widerstimmig ist. „Möglich“, d. h. nicht absolut ausgeschlossen ist z. B. stets, daß einem Nahrungsmittel, welches ein Händler verkauft, sich ein gesundheitsgefährlicher Bestandtheil zugesetzt hat. Wenn der Händler nicht Wandel an Sorgfalt gezeigt hat, ist er nicht einmal wegen Fahrlässigkeit strafbar; nach dem Beschlusse des Juristentages würde sogar ein schlimmeres Vergehen als Fahrlässigkeit vorliegen, nämlich dolus eventualis.

Die herrschende Strömung unter den Juristen entfernt sich immer mehr von den Auffassungen und Bedürfnissen der übrigen, nicht juristisch verblödeten Menschheit.

Dem Bunde der Landwirthe sind in bürgerlich-freimüthigen Blättern schon oft Symptome des „Rückganges“ nachgesagt, ohne daß sich die Voraussetzungen bestätigt hätten. Diesmal scheint die Sache ernstlicher zu werden. Wie wir zuverlässig hören, rechnete man in den leitenden Kreisen des Bundes nicht nur mit der Eventualität eines Rückganges der Mitgliederzahl nach Ablauf des Kalenderjahres, sondern sieht auch infolge des Thomasmehls-Krieges u. a. aus den Handelsgeschäften des Bundes eine Mindereinnahme von mindestens 50—60 000 M. voraus. Dies würde aber im Jahresabschlusse des Bundes eine Unterbilanz schaffen, für welche die Dedung fehlt. Den Mitgliederbeitrag kann man nicht erhöhen, dann springen beim Jahreswechsel noch mehr Mitglieder ab.

Wir sind begierig, wie die Herren bei der nächsten Bundes-Zirkusvorstellung ihren Mitgliedern klar machen werden, daß die Finanzen des Bundes glänzende sind.

Ein agrarisches Gekindniß. In der „Schles. Volksztg.“ schreibt ein Landwirth, daß es die Arbeiter in den Gefängnissen besser haben, als auf dem — Lande! Offener kann man nicht sein.

North Buxton soll der Verfasser des von der Firma Macmillan u. Comp. in London angelegten Werkes über Bismarck sein. Wäskchen veröffentlicht von heute ab auch im Pariser „Matin“ Denkwürdigkeiten Bismarck's. Wenn Bismarck-Organen sich über diese

„Verhöhnung ins Ausland“ entziehen, so sollten sie doch vorher überlegen, ob ihre verstorbenen Herr und Meister, der den Fall Besslen sehr gut gekannt hatte, nicht gerade das gewollt hat, worüber sie sich so sehr entziehen.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Bisher sind die an der kaiserlichen Werft beschäftigten Arbeitskräfte ihrer großen Wehzahl nach den am Werkthor stets morgens zur bestimmten Zeit sich einfindenden Arbeitsuchenden entnommen worden. Hierin ist jetzt eine Aenderung eingetreten, indem nunmehr die Einstellung erfolgt durch den Arbeitsnachweis der „Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde“, der sich auf der Herberge zur Heimath befindet. Sämmtliche Arbeitsuchenden haben sich jetzt dort einzufinden und wird am Werkthore niemand mehr eingestellt.

Um diese Maßnahmen nun voll würdigen zu können, muß man wissen, daß vor etwa drei Jahren die organisierten Arbeiter Kiels durch das Gewerkschaftsstatut bei der Stadtvertretung Kiels das Verlangen auf Einrichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises stellten. Den Arbeitern wurde jedoch die Antwort, daß ein Bedürfnis für diesen Arbeitsnachweis nicht vorliege, weil die „Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde“ einen Arbeitsnachweis plane. Die Arbeiter zogen sich sofort von diesem Arbeitsnachweis zurück. Zwar hatte man ihnen zugestanden, zu der diesen Arbeitsnachweis regelnden 7köpfigen Kommission einen Delegierten stellen zu dürfen. Aber aus einem Arbeitsnachweis als „Armenunterstützung“, daraus verzichteten organisierte Arbeiter.

Nun kommt die kaiserliche Werft und stellt ihre Arbeiter durch diesen Arbeitsnachweis ein. Das Oidium einer Armenunterstützung haftet also jetzt der Arbeit auf der kaiserlichen Werft an. In der That, wir sind sehr gekommen. Eine „Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde“, die muß erst den Arbeitern Beschäftigung auf der kaiserlichen Werft verschaffen. Das Wiederbrückende, das in diesem Bewußtsein für den Arbeiter liegt, reißt sich wahrlich der durch die unlängst in Kraft getretene Arbeitsordnung gezeigten Geringschätzung der Arbeiter an.

Auch die Arbeiterfreundlichkeit und Imparteiligkeit der oben genannten Armenfreunde erscheint in einem besonderen Lichte, wenn man sich den Rausch der Arbeitsordnung vergegenwärtigt, wonach es Bedingung der Annahme eines Arbeiters ist, daß er kein sozialdemokratischer Agitator oder sonstige Person ist, von der vorausgesetzt werden könnte, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören würde. Es heißt dann weiter, daß sich die annehmende Behörde über das Vorhandensein dieser Erfordernisse in geeigneter Weise unterrichte.

Bedenkt man, daß erst ganz kürzlich der Staatssekretär Tirpitz die „Ernennung“ der Sozialdemokraten angeordnet hat, so liegt die Annahme nahe, daß auch die jetzige Annahmestelle der kaiserlichen Werft die erforderlichen Spionendienste, um die politische Gesinnung eines Arbeiters zu ermitteln, übernehmen wird.

Es liegt System in diesem ganzen Vorgehen, immer deutlicher tritt die Geringschätzung der Arbeiter hervor. Mundtodtmachung auf politischem Gebiet, Verrückung des Wahlrechts, Verweigerung von Arbeit als Armenunterstützung. Arz, eine able Vorregel nach der andern, und dann wundert man sich noch über das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen!

Haderleben. Wieder ist das preussische Vaterland gerettet. Vor 14 Tagen unternahm der hiesige Arbeiterverein einen Ausflug nach Kolbing. Infolge dessen sind dieser Tage, wie „Moderne“ schreibt, gegen zehn Arbeiter, theils Familienväter, aus dem preussischen Staatsverbanne ausgewiesen. — Die „nationale“ Geze wird in letzter Zeit wieder sehr eifrig betrieben. So weist die „Nat. Ztg.“ auf die landwirthschaftlichen Vereine hin und schreibt: „Vor kurzem mußte der in Apennin bestehende dänische landwirthschaftliche Verein sich auflösen, weil er sich mit politischen Fragen beschäftigte, und nunmehr wird der Verein in Haderleben ein gleiches Schicksal ereilen. Die dänischen sogenannten „landwirthschaftlichen Vereine“ sind die Hauptstützen der dänischen Agitation und da dieses Vereinswesen im ganzen Norddistrikt in außerordentlichem Maße ausgebildet ist und von den Agitatoren mit besonderem Eifer gefördert wird, bilden diese Vereine eine dem Reichthum sehr ähnlich gefinnene Macht von großer Stärke. Die Landwirthschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein hat es seinerzeit auch abgesehen, diese dänischen Vereine als landwirthschaftliche Interessensvertretungen anzuerkennen und in ihrer Organisation zuzulassen, sie wachte, daß diese Vereine lediglich den Parteien der nordschleswighischen Protestler dienen und eher die Verzeichnung Wahlvereine als landwirthschaftliche Vereine verdienen. Unter diesen Umständen erscheint es begründlich, wenn die Regierung das Kreiben der unter falscher Flagge gehenden, rein politischen Zwecken dienenden Verbindungen etwas schärfer beobachtet.“ Demnach kann man sich wohl auf eine neue Serie von Ausweisungen gefaßt machen.

Vom schlesischen Zentrum. Während der Reichstagswahlzeit wurde der innere Friede in ober-schlesischen Zentrum noch mit Ach und Krach gewahrt; schon jetzt beginnt der Streit zwischen dem offiziellen konservativ-agrarisch-verkappten und dem polnisch-vollständigen Theile des Zentrums von neuem. Zunächst handelt es sich um Herrn Strzoda, den Reichstags-Abgeordneten für Neuschadt, der von seinen Freunden auch als Landtagswahl-Kandidat für Neuschadt-Hallenberg aufgestellt werden soll. Die „Schles. Volksztg.“ schreibt: Wir hoffen, daß Herr Strzoda im Interesse des Friedens und der Ordnung in der Partei davon absehen wird, sich um diese Kandidatur zu bewerben. Die polnischen Blätter greifen deshalb die „Schles. Volksztg.“ heftig an.

Gleiwitz, 16. September. („Voss. Ztg.“) Im hiesigen landwirthschaftlichen Verein theilte der Landesälteste v. Rosenkal-Bygnel mit, die österröichische Grenze werde für die Schweine-Einfuhr demnächst geöffnet werden.

Dresden, 16. September. (Fig. Ver.) Die sächsische Staatsbahn-Verwaltung hängt an zu maßregeln! Ein Hilfs-Meichensteller wurde auf direkte Veranlassung der Generaldirektion wegen Agitation für die Organisation der Arbeiter kurzerhand entlassen. Das sollte gerade noch, um das Maß der Unzufriedenheit voll zu machen. Es scheint fast, als ob man um jeden Preis den angesammelten Müllstoffs zur Explosion bringen wollte.

Aus Baden, 15. September. (Fig. Ver.) Das politische Leben des „Musterstaates“ befindet sich immer noch in Stadium der sommerlichen Hitze. Einigenmaßen wird das politische Interesse durch die bevorstehenden Wahlen zum Landtage in Donaueschingen und Mosbach geweckt. Im ersten Wahlbezirk wird der Führer der badischen Nationalliberalen, Fieser, der wegen seiner Ernennung zum Landesgerichts-Präsidenten sein Mandat niederlegen mußte, mit Bestimmtheit wiedergewählt werden. Auf das Mosbacher Mandat hat der nationalliberale Major a. D. Köhnhorn Aussicht, der als früheres Mitglied des Bundes der Landwirthe im 13. Reichstags-Wahlkreis gegen den Kandidaten des Bundes der Landwirthe durchfiel. — Die zweite badische Kammer wird einer offiziellen Meldung zufolge erst auf den November wieder einberufen werden.

Bezeichnend für die geistige Verfassung, welche seit dem so unerwarteten Ausfall der Landtags- und Reichstagswahlen in Karlsruhe herrscht, ist eine Rede, die der nationalliberale Führer Fieser dieser Tage in der Residenz hielt. Er predigte die Versöhnung zwischen dem Nationalliberalismus und dem Centrum. Es mußte schon sehr weit abwärts gegangen sein mit der Partei Drehscheibe, bis der alte Kulturkämpfer und Katholikenseind ein Wort zu Gunsten des Zentrums über die Lippen brachte.

Aus Elsaß-Lothringen, 15. September. (Fig. Ver.) Angesichts der sicher zu erwartenden Revision des Drehscheibeprozesses, so schreibt man der „Oberelb. Vdzg.“, ist man an der deutsch-französischen Grenze sehr scharf gegen Pressprodukte, die sich auf die Drehscheibe beziehen. Vor einigen Tagen passirte in Petit-Croix auch ein Herr die Gspärdrevision, der einen Koden Broschüren mit sich führte: „Dreyfus et Esterhazy“, „L'innocent et le traître“, sowie einen

büchsen Band „Le procès de Zola“. Trotz des Protestes des Herrn und des Hinweises darauf, daß die Broschüren sämmtlich in Paris herausgegeben seien, wurden dieselben beschlagnahmt. Der Betroffene erklärte, beim Ministerium des Innern Beschwerde gegen die Maßregel einlegen zu wollen. — Da die erwähnten wie auch alle andern auf den Fall Drehscheibe bezüglichen Schriften in den Verhandlungen des Landes sämmtlich zu haben sind, so ist nicht recht ersichtlich, was unsere Behörden, die sich in der Drehscheibe bisher vor überflüssigen Verbotsmaßregeln gekümmert haben, zu dem oben erwähnten Vorgehen veranlaßt hat.

Die bereits erwähnte öffentliche Mauererversammlung zu Straßburg, in welcher in deutscher und italienischer Sprache über die wirthschaftliche Lage der Arbeiterklasse und ihre Hebung durch die Organisation referirt werden sollte, ist nun doch verboten worden. Der Bescheid des Polizeipräsidenten besagt einfach, die Versammlung dürfe nicht stattfinden, da die erforderliche bezirkspräsidiale Erlaubnis der ursprünglich für den 7. d. M. geplanten Versammlung, in welcher nur in italienischer Sprache referirt werden sollte, verfaßt worden sei. Warum dies geschehen ist, das geht nach Auffassung des Polizeipräsidenten die Einberufung der Versammlung, die sämmtlich deutsche Staatsbürger sind, natürlich nicht an.

Für Illustration der Friedensausfichten auf Grund des russischen Abrüstungsvorschlages kommt aus der lothringischen Grenzfestung Metz die Nachricht, daß dort zwischen der Garnison-Verwaltung und einer Anzahl von Grundbesitzern Verhandlungen gepflogen wurden über Grundstücksverkäufe zum Zwecke neuer Befestigungen.

Straßburg, 16. September. Ueber die Festnahme zweier französischer Soldaten auf deutschem Gebiet wird hierher gemeldet: Zwei Soldaten des Jägerregiments in St. Dis hatten am Sonntag die Gelegenheit benutz, die Kirchweih in dem deutschen Flecken Bourges-Bruche in Zivilkleidung zu besuchen. Auf dem Rückwege nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr kamen sie an der Gendarmestation vorbei und fielen dort durch ihr Benehmen auf. Als sie nach ihren Personalakten gefragt wurden, ergriff einer derselben die Flucht nach der Grenze zu, wurde aber sofort eingehalten und ergriffen, wobei er thätlichen Widerstand leistete. Auf die Station gebracht, gaben beide falsche Namen an. Als sie später ins Amtsgericht Schirmer eingeliefert wurden, sah man, daß beide französische Militärhelfer trugen. Sie gestanden nunmehr ein, Angehörige des genannten Jäger-Regiments zu sein und nannten ihre richtigen Namen. Voraussichtlich dürften Sie von dem Amtsgericht Schirmer wegen falscher Namensangabe bezw. wegen Widerstandes abgeurtheilt werden.

Straßburg i. E., 15. September. (Fig. Ver.) Der Gemeinderath hat den von seinen sozialistischen Mitgliedern eingekommen Antrag, angefaßt der anhergebrachten hohen Fleischpreise die städtischen Verbrauchssteuern auf Schlachttiere, Fleisch, Fette aller Art, Konserven, Wurstwaren u. s. w. sofort zu suspendiren, in seiner gestrigen Sitzung in namentlicher Abstimmung mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmte außer den Sozialdemokraten nur ein Theil der Demokraten. Bürgermeister Vad behauptete unseren Parteigenossen gegenüber, welche auf die Durch die Hebung verursachte schwere wirthschaftliche Nothlage der arbeitenden Bevölkerung hingewiesen hatten, die Annahme, daß mit der Aufhebung des Citros die Fleischpreise eine irgendwie nennenswerthe Verminderung erfahren würden, dürfe sich als eine trügerische erweisen. Man werde sich vielmehr gegen die eigentliche Ursache der hohen Schlachttierpreise, die Sperrung der deutschen Grenze gegen Vieheinfuhr, wenden müssen. Er empfehle deshalb dem Gemeinderath, sich dem Vorgehen anderer Städte auf Befestigung oder doch wenigstens Milderung der Grenzsperrung anzuschließen. Ein dahingehender Antrag wurde einstimmig angenommen.

Das am 1. September in Kraft getretene neue reichslandische Preßgesetz hat bereits seine erste Anwendung gefunden. Das kürzlich in Paris neubegründete Blatt „L'Alsace-Lorraine française“, welches jüngst den Versuch eines Privatpreßblattes gemacht hatte, um auf diesem Wege die Frage der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zu Deutschland oder Frankreich zu entscheiden, ist vom Ministerium von der ferneren Verbreitung in den Reichslanden ausgeschlossen worden.

Die drei Bezirkstage des Landes (für Ober-, Unterelb und Lothringen) sind auf den 14. November einberufen worden. Die Sozialdemokratie ist in demselben durch Dueb (Oberelb) und Böhle (Unterelb) vertreten.

Schweiz.

Zürich, 15. September. (Verl. Tagebl.) Die Züricher Polizei hat gestern einen interessanten Fang gemacht und zwar anlässlich der Verfolgung einer Diebesbande. Bekanntlich hat nach den Mailänder Unruhen die italienische Regierung mehrere Geheimpolizisten zur Überwachung der italienischen Flüchtlinge nach der Schweiz geschickt. Ein solcher Agent, Namens Benedetti, der unter dem falschen Namen Rei oder Loi in Lugano und Zürich lebte, wurde gestern wegen Mitwisserschaft an einem bedeutenden Diebstahl verhaftet. Ein anderer Hauptkomplize, der sich ebenfalls ehemalige Polizeikommissar Santoro, befindet sich im Anlande. Von diesem rührt auch die Nachricht her, daß eine Anarchisten-Versammlung vor zwei Monaten in Zürich mehrere Attentate beschlossen habe. Nach genauer Erkundigung ist diese Anarchisten-Versammlung in Zürich eine Erfindung dieser Spindel, die jetzt als gemeine Diebe entlarvt werden.

Frankreich.

Paris, 15. September. Dem „Temp“ zufolge hat der Finanzminister Petival den Entwurf für das Budget pro 1890 nahezu vollendet. Der Minister hofft, insbesondere durch die 78 Millionen betragenden Mehreinnahmen, das Gleichgewicht herstellen zu können, vorbehaltlich der offen gelassenen Frage der Erhöhung der Ausgaben für die Marine. Der Marineminister Drouot verlange eine neuerliche Erhöhung des Marinebudgets um 24 Millionen. Das Marinebudget würde dann 310 Millionen Franks betragen. Der von Petival ausgearbeitete Steuerreform-Entwurf erhebt die gegenwärtige Personal- und Mobiliensteuer, sowie die Thier- und Fenstersteuer durch eine nach sogenannten äußeren Anzeichen berechnete Einkommensteuer.

Niederlande.

Antwerpen, 16. September. („Frank. Ztg.“) Von verschiedenen, auf informierten Seiten werden alle über ein Attentat gegen die Königin verbreiteten Gerüchte als unbegründet bezeichnet.

England.

London, 14. September. (Fig. Ver.) Das parlamentarische Gewerkschafts-Komitee hat in J. A. C. Mitchell von der großen Maschinenbauer-Gewerkschaft und Walter Hudson vom Eisenbahner-Verband zwei neue Mitglieder erhalten, die eine Verstärkung seines radikalen Elements bedeuten. Der Erstgenannte ist ein thätiges Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei, der letztere gehört jedenfalls politisch der äußersten Linken an. Er sollte für eine gerade jetzt ausstehende Nachwahl in Darlington (Durham) als Parlamentarierkandidat aufgestellt werden, ist aber nach mehrfacher Veranlassung mit dem Gewerkschaftsrath der genannten Industriestadt für diesmal von der Kandidatur zurückgetreten.

Wie sehr der für die Arbeiter im wesentlichen verloren gegangene Streik der Wallisischen Kohlenarbeiter der Ausbreitung der sozialistischen Bewegung in Süd-Wales genügt hat, geht daraus hervor, daß während der Unabhängigen Arbeiterpartei vor Ausbruch des Streiks nur sechs Mitgliedschaften in Süd-Wales hatte, sie jetzt dort 31 Mitgliedschaften zählt, einige mit rund 200 Mitgliedern. Rechnlichen Zuwachs dürfte die Sozialdemokratische Zöberation dort zu verzeichnen haben.

Italien.

Die in dem großen Mailänder Prozeß vor dem Kriegsgesichte verurtheilten Journalisten sind alle jetzt definitiv untergebracht. Albertario, der frühere Leiter des „Offe-

atore Cattolico*, sitzt in Fimalborgo (bei Genua) zusammen mit Chiesi, dem Exdirektor der republikanischen „Italia del Popolo“, die nächstens wieder erscheinen wird, doch nicht mehr in Mailand, sondern in Rom. Den Publizisten Valera bringt man ebenfalls in Fimalborgo unter. Kommissar der Exdirektor des „Secolo“, wird, wie der Deputierte Andreis, seine Strafe in der Festung Alessandria verbüßen. Der Deputierte Turati, der Führer der Mailänder Sozialisten, kommt auf Vagnio von Balanza am Rangesse, der Advokat Federici, ein eifriger Republikaner, nach Turin, Frau Anna Kulitschowa, die Freundin Turati's, bleibt in Mailand. —

Spanien.

Madrid, 15. September. Die für die Friedensunterhandlungen in Paris ernannte spanische Kommission besteht aus Montero Rios, Villarota, Cerero, General Arzobaza und Urzaga. Die Ernennung ist jedoch noch keine endgültige, es können vielmehr noch Änderungen vorgenommen werden.

Der Dampfer „Leon XIII.“ mit dem General Toral und 2478 von Cuba zurückkehrenden Spaniern ist in Vigo eingetroffen. —

Madrid, 15. September. Nachrichten aus Manila zufolge wäre der dritte Teil der in der Gewalt der Aufständischen befindlichen gefangenen Spanier infolge der schlechten Behandlung gestorben. —

Am letzten Freitag hat sich Aguinaldo nach Malolos begeben, wo die „Asamblea Filipina“ am 15. d. M. zusammentritt, um über die zu verfolgende Politik zu beraten. Im Laufe einer Unterredung sagte Aguinaldo dem Berichterstatter des „Bureau Reuter“: „3700 Aufständische sind mit Gewehren bewaffnet und ich könnte 100 000 ausheben. Die ganze Bevölkerung will für ihre Freiheit kämpfen. Eine Provinzial-Regierung ist seit dem 2. August in 28 Provinzen eingerichtet. Amerikaner und Filipinos sind Brüder, zwei souveräne Republiken, verbündet gegen einen gemeinsamen Feind.“ Ist die künftige Politik der Filipinos auf unbedingte Unabhängigkeit gerichtet? Aguinaldo stellte die Gegenfrage: „Was beabsichtigt Amerika?“ Der Berichterstatter war völlig unfähig, diese Frage zu beantworten. Aguinaldo aber fuhr fort: „Wir haben lange für unsere Unabhängigkeit gekämpft. Die Bewohner der Philippinen, die Einverleibung in die Vereinigten Staaten wünschen, sind nicht aufrichtig.“ Die Frage, ob die Filipinos Einwand erheben würden, wenn die Amerikaner Manila behalten, lehnte Aguinaldo ab, zu beantworten.

Madrid, 15. September. (Zut. Korr.) Die Stellung der nordamerikanischen Regierung zu dem Aufstande auf den Philippinen. Auf Ansuchen der spanischen Regierung hatte der französische Vorkämpfer in Washington, Herr Cambon, bei der Regierung der Vereinigten Staaten darüber Vorstellungen erhoben, daß die auf den Philippinen befindlichen nordamerikanischen Truppen keinerlei Versuch machten, die Aufständischen von der Fortsetzung des Kampfes abzuhalten. Hierauf ließ Mac Kinley Herrn Cambon antworten, die nordamerikanischen Befehlshaber in Manila seien angewiesen worden, die Führer der Aufständischen zur Einstellung der Feindseligkeiten zu ermahnen; ein militärisches Eingreifen gegen dieselben sei jedoch nicht möglich, da die Aufständischen keine feindselige Haltung gegen die Nordamerikaner einnehmen. —

Vigo, 16. September. Gestern Nachmittag zog ein Volkshaufe vor die Wohnung des General Toral und verlangte sofortige Auslösung der von Cuba gekommenen spanischen Soldaten. Dann zog die Menge zum Hafen, wo der Anblick der an Land kommenden halbnackten Soldaten den Unwillen steigerte. Als General Toral sich an Bord des Dampfers „Leon XIII.“ begeben hatte, drängten die Manifestanten heran und warfen eine halbe Stunde lang mit Steinen nach dem Schiff. Die Ordnung wurde erst in vorgerückter Abendstunde wieder hergestellt. —

Rußland.

Der „Allgemeine jüdische Arbeiterbund Rußlands und Polens“ erklärt aus Anlaß der letzten Massenverhaftungen einen Aufruf zur Unterstützung der Verhafteten, in welchem es unter anderem heißt:

„Die energische, unerschrockene Tätigkeit des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes Rußlands und Polens“, der von ihm geführt ununterbrochene, hartnäckige Kampf gegen die Feinde des Proletariats hat dazu geführt, neue Repressalien seitens der russischen Regierung hervorzurufen, welche die Vernichtung dieses „Herdes des Sozialismus“ in Westrußland zum Ziele haben. Aber keine Verhaftungen, keine Verfolgungen seitens der Regierung vermögen die Arbeiterbewegung überhaupt aufzuhalten, wie auch speziell den „Jüdischen Bund“ vernichten. An stelle der von den Gendarmen ausgegriffenen Drucker wird eine neue entstehen, an stelle der Verhafteten werden neue Kämpfer um die Befreiung des Proletariats treten. Der „Jüdische Bund“ ist zu sehr erstarkt, er hat zu tief Wurzeln gefaßt, als daß er infolge eines Ueberalles seitens der Gendarmen vom Erdboden verschwinden könnte. Man kann aus seiner Mitte das eine oder das andere aktive Mitglied herausreißen, aber die Bewegung wird dadurch nicht aufgehalten.“ —

Türkei.

Zur Lage auf Areta. Den Admiralen wurden 80 Räuberschiffe der letzten Unruhen ausgeliefert. Ein Kriegsgericht wird zur Aburteilung der Angeklagten zusammentreten. Aus Kanea wird der „Intern. Korresp.“ unterm 14. Sept. gemeldet: Sollte sich die Pforte noch ferner weigern, die türkischen Truppen von der Insel abzurufen, so werden die europäischen Besatzungen sehr wesentlich verstärkt werden. Der russische Admiral Strojlow theilte mit, daß die russische Regierung beschloffen habe, die Besatzungen auf fünf-tausend Mann zu erhöhen, wovon 3000 dauernd in Retymos bleiben und die übrigen Mannschaften je nach Bedarf auf Kanea, Heraklion und andere Punkte vertheilt werden würden. Von englischer Seite wird daher angeklagt, daß die britische Besatzung in Heraklion auf 4000 Mann gebracht werden solle.

Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ aus Sandia vom 15. September sollte Dikendad Rajda den englischen Admiral davon in Kenntnis, daß 39 Häuser, deren Fenster auf das englische Lager hinausgehen, zerstört, 43 Schuldige verhaftet worden seien und daß diese letzteren auf Anordnung des Sultans mit Zustimmung der Vorkämpfer in Konstantinopel von der internationalen Kommission abgeurteilt werden sollen. —

Asien.

Eine Aera der Reformen in China? Aus Peking wird berichtet: Ein kaiserlicher Erlass ist veröffentlicht worden, durch welchen die Wirksamkeit der Kaiserverwaltung auf das ganze Reich ausgedehnt werden soll als Ersatz für das jetzt beschwerliche Kourierwesen. Die zahlreichen in der letzten Zeit erlassenen Edikte betr. Einführung von Reformen und Verminderung der Ausgaben lassen erkennen, daß die Rathgeber des Kaisers einer Politik vollkommener Umschwunges zuneigen, aber die Ansicht der meisten Chineser und auch der alten europäischen Angesehenen geht dahin, daß die Änderungen zu durchgreifend seien und die Beamtenklassen beunruhigen könnten. Jedenfalls aber ist es augenscheinlich, daß der Kaiser entschlossen ist, viele Mißbräuche abzuschaffen; seine Bemühungen werden von allen einseitigen Chinesen willkommen geheißen, welche gleichwohl zur Mäßigung rathen. —

Wegen der Absetzung Li-Hung-Tschang's soll man in Petersburg, wie der „Magd. Zig.“ von dort gemeldet wird, sehr unwillig sein. Graf Rozanow richtete eine scharfe Note nach Peking, in der er erklärte, Rußland erblicke in der Maßregelung Li-Hung-Tschang's eine Feindseligkeit gegen das Petersburger Kabinett. —

Aus Shanghai wird dem „Reuter'schen Bureau“ vom 16. September gemeldet, daß, den North China Daily News zufolge, in So-tschou, 50 Meilen von Tschung-sing ein Aufstand ausgebrochen ist, wobei die amerikanische und französische Mission angegriffen wurden. Letztere wurde niedergebrannt. —

Amerika.

Washington, 16. Septbr. Von amtlicher Stelle wird erklärt, die Kommission für die Friedensverhandlungen gehe nach Paris mit vollständiger Instruktion für den Modus der Verhandlungen, wie er in den beiden letzten Tagen in eingehenden Beratungen festgestellt worden sei. Bei den Verhandlungen in Paris solle von vornherein erklärt werden, daß keine Abweichung von den seitens der Vereinigten Staaten aufgestellten Forderungen akzeptiert werden könne. Die Entscheidung des Präsidenten Mac Kinley sei in der gestrigen Sitzung des Kabinetts einstimmig gebilligt worden. —

Schiedsgericht zwischen Argentinien und Italien. Dem Christianiaca „Dagbladet“ zufolge bestimmt der am 22. Juni zwischen Italien und Argentinien abgeschlossene Schiedsgerichtsvertrag, daß jedes der beiden Länder einen Schiedsrichter ernenne, welche zusammen einen dritten bestimmen. Können sie sich über die Person dieses dritten nicht einigen, so soll entweder König Oscar von Schweden oder der Präsident der schweizerischen Republik den dritten ernennen. Ueber seine Kompetenz und über das zu beobachtende prozedurale Verfahren beschließt das Schiedsgericht selber. Beide Staaten verpflichten sich, sich dem Schiedspruch des Gerichts zu unterwerfen. Der Vertrag kann zehn Jahre hindurch nicht geändert werden. —

Einer Meldung aus Argentinien zufolge soll der Konflikt zwischen Argentinien und Chile durch einen Schiedspruch beigelegt werden. —

Das Attentat.

Die Trauerfeier in Wien. Ueber die Einholung der Leiche am Donnerstag Abend in Wien berichteten wir bereits im gestrigen Depeeschenteil. Am Freitag früh nahm der Bischof von Weizsäck, als Kanzler der Königin von Ungarn, die erste der sogenannten Keinen Einsegnungen der Leiche der Kaiserin Elisabeth vor. Hierauf wurde der Bevölkerung der Zutritt zu der auf einem Schanzen in geschlossenem Sarge ausgestellten Leiche der Kaiserin gestattet. An drei Altären werden bis zum Mittag unausgesetzt von halber zu halber Stunde Seelenmessen gelesen. Das erste Requiem gelebt am Dienstag Kardinal Gruscha, das zweite der Fürstprimas Kaszary, das dritte Kardinal Schönborn-Wrag. —

Die Wiener Presse giebt abermals der tief empfundenen Trauer um die Kaiserin sowie der Anteilnahme an dem Schmerz des Kaisers überreichlichen Ausdruck. —

Trotz der ungeheuren Menschenmenge, welche gestern Abend anlässlich der Einholung der Leiche der Kaiserin die Straßen füllte, herrschte überall die größte Ordnung. Von einigen unerheblichen Vorfällen abgesehen, werden keinerlei Unglücksfälle gemeldet. —

Der Schweizerische Bundesrath vertheilt am Freitag über gegen die Anarchisten zu ergreifende Maßregeln. Verschläge wurden noch nicht gefaßt. —

Die Wiener Sicherheitspolizei verhaftete Donnerstag Abend um 11 Uhr einen Italiener Giovanni Silba, der im Verdacht steht, ein Mitschuldiger Kuchens zu sein. Silba soll die Vorgänge bei der Begehung des Verbrechens in allen Einzelheiten wiedergegeben und bezüglich des Mörders betwundernde Aeußerungen gethan haben. Eine telegraphische Meldung aus Budapest besagt, wahrscheinlich habe sich Kuchens einen falschen Namen beigelegt und heiße in Wahrheit Succini. —

Zum Stuttgarter Parteitage

Die Parteigenossen in Kassel verlangen das Eingreifen der Reichstags-Fraktion gegenüber der Handlungsweise hessischer Behörden, die das Landrecht über das Reichsrecht stellen und dadurch den § 43 Altes III der Reichsgerverordnung sowie die Versammlungsfreiheit illusorisch machen. Weiter wird, unter Hinweis auf die Deinhäufener Kasserrede, verlangt, daß die Reichstags-Fraktion abermals den Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen stellen möge. —

Partei-Nachrichten.

Eine Parteiversammlung in Mendenburg beschloß die Theilnahme an den Stadterordnetenwahlen. —

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Zeitz-Weißenfeld-Naumburg beschloß, daß überall, wo es möglich ist, Arbeiter-Bildungsvereine und sozialdemokratische Vereine gegründet werden sollen. Der Kreis-Vertrauensmann Florin vereinnahmte im abgelaufenen Verwaltungsjahr 7394,05 M. Die Ausgaben betragen 6887,51 M. Die Wahlbewegung hat dem Parteivorstand des Kreises zahlreiche Leser zugeführt. Das „Volkblatt für Halle“ hatte hier Anfang Juli d. J. 3339 Abonnenten, 673 mehr als im Monat Mai. Ueber die Haltung der Freisinnigen bei der Stichwahl theilte Florin mit, daß diese ziemlich geschlossen für den Wählerlandbateren gestimmt hätten. Daß die Konferenz die Theilnahme an der Landtagswahl ablehnte, ist im „Vorwärts“ schon mitgetheilt worden. Als Kreis-Vertrauensmann wurde Florin wiedergewählt. —

Mit den „Hamburger Nachrichten“ und der „Deutschen Tageszeitung“ fordert leider auch die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ die Einführung der Prügelstrafe gegen Anarchisten. Wir theilen die Verwunderung über den unverständlichen Vorschlag eines sozialdemokratischen Organs mit einer Reihe nichtparteigenössischer Blätter. —

Volkstheiles, Gerichtliches etc.

In Schlesien sind aus Anlaß der Reichstagswahl eine ganze Reihe Prozesse inszenirt worden. Die meisten sind ausgegangen wie das Hornberger Schieszen. So auch dieser Tage wieder ein Prozeß, der sich vor der Strafkammer des Landgerichts in Schweidnitz abspielte. Fünf Genossen waren angeklagt, vor Ausschreibung der Reichstagswahl auf öffentlichen Wegen und Straßen Flugblätter ohne polizeiliche Genehmigung verbreitet zu haben. Die Verweigerung ergab auch nicht das geringste belastende Moment, weshalb auf Freisprechung erkannt wurde. Das Gericht billigte den Freigesprochenen auch die Erstattung der ihnen erwachsenen notwendigen Ausgaben zu. Die Kosten dieses unmöglichen Prozesses haben natürlich die Steuerzahler zu zahlen. —

Die Parteigenossen Schramm und Wessel aus Springe im neuntens hannoverschen Wahlkreise verurtheilten am 12. Juli in Herkenen Wahlflugblätter. Dabei soll sich Wessel im Hause des Landwirths Seegers, der in Gemeinschaft mit dem Vorsteher Helmendach mit Wessel Streit angefangen hatte, des Hausfriedensbruchs, der Fußbestörung und der Beleidigung schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht in Koppenbrügge verurtheilte Wessel deshalb zu vier Wochen und acht Tagen Gefängnis und zu 15 M. Geldstrafe. Schramm, der als Zeuge fungirt hatte, wurde wegen Meineidsverdachts in Haft genommen. Er hatte ausgesagt, Wessel sei über die Strafe gelassen und Seegers und Helmendach hinterher, während diese erklärt hätten, sie wären vor der Strafe stehen geblieben. Es wird Verurteilung gegen das Urtheil eingelegt und Schramm's Entlassung gegen Kaution beantragt werden. Bemerkenswert ist noch, daß Wessel's Gegenlage von dem Gericht abgelehnt wurde. —

Kampf um das Koalitionsrecht!

Der Stuttgarter Parteitag und das Zuchthausgesetz. Die an der Spitze des heutigen Blattes veröffentlichte Einladung des Parteivorstandes zum nächsten Parteitage enthält eine Abänderung der vorgeschlagenen Tagesordnung. Es wird vorgeschlagen, nach dem Berichte über die parlamentarische Tätigkeit in eine Erörterung über das Koalitionsrecht einzutreten. Wir sind überzeugt, daß der Parteivorstand damit dem Wunsche aller Genossen entgegenkommt. —

Protestkundgebungen.

Eine Protestversammlung in Heilbronn legte energische Verwahrung dagegen ein, daß Bergeden gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung härter geahndet werden sollen, als andere Straftaten, da erstere eine gemeine Abthat nur äußerst selten zu Grunde liege. Die volle Ausübung des Koalitionsrechts sei ein Faktor der Kultur, um den Arbeitern die vorteilhafte Verwerthung ihrer Arbeitskraft zu ermöglichen. —

Die sozialdemokratische Parteikonferenz des Wahlkreises Wiesbaden erkläre in der sogenannten Zuchthausvorlage ein Ausnahmengesetz ersten Ranges, das für die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland von den verhängnisvollsten Folgen sein könnte. Die Konferenz sei sicher, daß sie damit der Ansicht aller Arbeiter des Kreises, nicht bloß der sozialdemokratischen, Ausdruck gebe. Die Arbeiter- und politischen Organisationen jeder Richtung sollten zeitig energische Kundgebungen gegen den völkfeindlichen Plan veranstalten. —

Eine Volksversammlung in Frankfurt a. M. erhob energischen Protest gegen die Schaffung eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter, das den Streit mit einer entehrenden Strafe des Zuchthauses belegen will, während Ausperrungen und die oft nicht-würdigen Mittel, die die Organisationen der Unternehmer anwenden, Verurtheilungen, schwarze Listen und dergleichen, wie bisher straflos bleiben. Da die Einführung eines solchen Gesetzes im höchsten Grade kulturfeindlich wirken, und ernste Gefahren für eine friedliche Entwicklung der Gesellschaft heraufbeschwören müßte, forderte die Versammlung den Reichstag auf, jede Bestimmung, die auch nur entfernt gegen das Koalitionsrecht gerichtet ist, unbedingt zurückzuziehen. Die Versammlung erwartete ferner, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Antrag vom Jahre 1890 wieder einbringen werde, wonach der § 153 der Gewerbe-Ordnung den Ruf erhält, daß solche Unternehmer empfindlich gestraft werden, die Arbeiter durch Androhung von Maßregeln oder durch schwarze Listen etc. zu bestimmen suchen, von Verabredungen zur Erlangung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen oder von Streiks zurückzutreten. Die sozialdemokratischen Vertreter in den einzelnen Landtagen sollen alles aufbieten, um ein Zustandekommen der sogenannten Zuchthausvorlage in jeder Form zu verhindern. —

Eine Versammlung der Vergleute Essens, die sich mit dem Schachtelsturz auf Jecher „Gustav“ beschäftigte, nahm zu der Rede des Kaisers wie folgt Stellung: —

„Mit Verwunderung vernahm die Arbeiterschaft die Kaiserrede in Deinhäufen. Wird das angeklagte Gesetz angenommen, dann ist es mit der Vereinigungsfreiheit der Vergleute überhaupt aus. Man wird dann, wie die Reichstagsrede während der Streikzeit 1890/93 lehrte, jede Aufforderung zum gemeinsamen Vorgehen gegen das Kapital als eine „Anreizung zum Streik“ auffassen, unsere Organisation vernichten, und dann steigen die Menschenopfer im Vergleute ins Ungemessene. —

Wir erwarten von der gefeggebenden Körperschaft des Deutschen Reiches nicht eine weitere Beschränkung unseres Vereinigungsrechtes, sondern Anerkennung der Arbeiterverbände in aller gegenseitigen Form. Da wir vom preussischen Abgeordnetenhaus keine Verächtlichung unserer Forderung bezüglich der Ver-inspektion zu hoffen haben, so erlauben wir den Reichstag, baldmöglichst an die Schaffung eines Reichs-Vergleutes zu gehen, worin der Schutz unseres Lebens die größte Verächtlichung findet.“ —

Eine von circa 600 Fabrikarbeitern und Fabrikarbeiterinnen besuchte Versammlung in Harburg protestirte einstimmig gegen jede Verächtlichung des Koalitionsrechtes und vor allem gegen das Zusammenwirken der um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter mit Leuten, die wegen der ehlofsten Straftaten ins Zuchthaus kamen. Jede aller Arbeiter müsse es sein, durch Ausbau der Organisation und ständige, energische Agitation, den drohenden Schlag von der deutschen Arbeit und der deutschen Kultur fern-zuhalten.“ —

Ein Unternehmerblatt über den Werth der Gewerkschaften.

Der „Konfessionär“, ein Kapitalistenblatt vom reinsten Wasser, das sonst nur Hohn und Spott für die Arbeiter hat, tritt für die Organisation der Arbeiter und dazu noch der Schneider ein. In der letzten Nummer steht wörtlich zu lesen: —

„Zur Verhütung von Streikreglement hat der Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands ein sehr vernünftiges Streikreglement beschloffen, dessen grundlegende Bestimmungen belegen, daß bei allen Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern die Vertheilungen unter Zuziehung der Ortsverwaltung eine Verständigung suchen sollen. Müßling diese, so hat eine Mittelverhandlung mittels Stimmzettel über einen eventuellen Streik zu entscheiden. Es darf nur dann in einen Streik eingetreten werden, wenn mindestens zwei Drittel der anwesenden Mitglieder dafür stimmen. Dem Verbandsvorstande und Ausschuss muß unverzüglich Mittheilung gemacht werden, auf Grund deren dieselben zu prüfen haben, ob Aussicht auf erfolgreiche Durchführung des Streiks vorhanden ist. Derjenige Ort, der gegen den Entschluß des Vorstandes und Ausschusses einen Streik beginnt, hat auf keinerlei Unterstützung zu rechnen. Bezüglich der Unterstützung nichtorganisierter Kollegen übernimmt der Verband keinerlei Verpflichtung. —

Leider sind aber die wenigsten Schneider organisiert, so daß der Beschluß keine große Tragweite hat.“ —

Preussische Landtagswahlen.

Wem kommt die Wahlenthaltung zu gute?

Man schreibt uns: Die Gegner der Theilnahme der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen suchen es vielfach so hinzustellen, als ob selbst eine regere Theilnahme der Bevölkerung nicht viel an der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ändern könnte. Den Beweis für diese Behauptung zu erbringen, dürfte ihnen schwer fallen, denn wenn auch die amtliche Wahlstatistik für Preußen eine recht mangelhafte ist, so geht doch aus den bisherigen Veröffentlichungen so viel zur Genüge hervor, daß je größer der Prozentsatz der Wählenden, um so oppositioneller das Abgeordnetenhaus zusammengesetzt war, und umgekehrt. Lassen wir zunächst für diejenigen Jahre, für welche amtliches Material vorhanden ist, die entsprechenden Ziffern folgen: —

Im Jahre	In der 1. Kl.	In der 2. Kl.	In der 3. Kl.	Insgesamt
1849	55,4 pCt.	44,7 pCt.	28,8 pCt.	81,0 pCt.
1855	80,8	27,2	2,7	16,1
1868	50,2	17,1	18,5	22,6
1881	55,8	42,4	23,0	27,2
1882	61,0	48,0	30,6	84,8
1883	57,0	44,0	27,3	30,9
1886	60,4	47,0	27,9	30,4
1893	48,1	32,0	15,2	18,4

Hieraus ergibt sich zunächst, daß die Wahlbetheiligung im Allgemeinen eine äußerst geringe gewesen ist. Selbst das Jahr 1882 mit seinen 84,8 pCt. bleibt noch weit zurück hinter dem Jahre der geringsten Theilnahme an den Reichstagswahlen, dem Jahre 1871, wo doch immerhin etwas mehr als die Hälfte aller eingetragenen Wähler, 51,8 pCt., an der Wahl theilnahmen. Die Gründe für diese schwache Wahlbetheiligung liegen einmal an dem komplizierten Wahlsystem, sodann aber — und das ist für unsere Betrachtung die Hauptfrage — an den besonderen politischen Verhältnissen der einzelnen Jahre. Wenn keine das Volk besonders bewegende Fragen zur Erörterung standen, war die Theilnahme naturgemäß eine schwache. Den Vortheil davon hatte jedesmal die Reaktion. So ging aus den Wahlen des Jahres 1855, wo die Theilnahme am schwächsten war, die sogenannte Landrathskammer hervor, und eine ähnliche Zusammensetzung zeigt ja auch das jetzige Abgeordnetenhaus, an dessen Wahl sich prozentual nicht viel mehr betheiligten, als im Jahre 1855. —

Das Bild des Abgeordnetenhauses von 1855 änderte sich mit einem Schlag, als im Jahre 1858 die Wahlbeteiligung eine stärkere wurde. An den bisherigen Wahlen, mit Ausnahme der des Jahres 1849, hatten sich die Demokraten, ihrem in Köthen gefassten Beschlusse entsprechend, nicht beteiligt, weil sie mit dem der Kammer aufstrotzenden, noch jetzt geltenden, verfassungswidrigen Wahlgesetz nicht einverstanden waren. Sie gaben sich dem naiven Glauben hin, wenn die Mehrzahl des Volkes durch Stimmhaltung gegen dieses Wahlgesetz protestieren würde, sei zu hoffen, daß dasselbe aufgehoben und das alte Wahlgesetz wieder eingeführt würde. Als sie endlich im Jahre 1858 zu der Einsicht kamen, daß die Wahlbeteiligung der schwächste Protest sei, und sich wieder an den Wahlen beteiligten, gelang es ihnen sofort, die konservative Mehrheit zu schlagen. Die Konservativen schmolzen von 240 auf 60 zusammen, die Liberalen stiegen von 57 auf 210. Noch günstiger für die Opposition fielen die Wahlen des Jahres 1861 mit einer Beteiligung von 27,2 pCt. aus, und als dieses Haus ohne zwingenden Grund aufgelöst wurde, als die Konfliktzeit hereinbrach und die Wahlen unter der Parole stattfanden: „Königliches Regiment oder parlamentarische Regierung?“, da erlitt die Regierung eine so schwere Niederlage wie nie zuvor. Von den neu gewählten Abgeordneten gehörten nur 12 der konservativen Partei an, 32 der katholischen und 24 der konstitutionellen Fraktion. Das linke Zentrum und die Fortschrittspartei verfügten zusammen über 242 Sitze, abgesehen von den 19 Mitgliedern des freien parlamentarischen Vereins und den 28 Woten. Auch dieses Haus verfiel der Auflösung, aber die Regierung zog sich durch die neuen Wahlen nur eine noch schmerzlichere Niederlage zu, denn nun gelang es dem linken Zentrum und der Fortschrittspartei, zusammen 253 Mandate zu erwerben.

Wir sehen also, daß die Reaktion ihre jetzigen Erfolge in erster Linie denjenigen zu verdanken hat, die die Bedeutung des preussischen Landtages verkleinert, dieses Parlament ohne Widerstand den ärgsten Feinden des Volkes ausliefern. Allerdings ist die politische Lage heute eine andere, als in der Konfliktzeit. Die Militärfragen, die damals wie heute die Bevölkerung lebhaft interessieren, werden heute nicht mehr im Landtage, sondern im Reichstage gelöst, aber dem Landtage sind noch genug Punkte zur Erledigung überwiesen, die für das Volk von ebensolcher Bedeutung sind, wie Heeres- und Flottenvorlagen. Oder ist etwa das Vereinswesen, ist das Volksschulwesen, sind die Arbeiterfragen, die im Landtage ihre Erörterung finden, von untergeordneter Bedeutung? Nur diejenigen, die es für nebensächlich halten, ob das geringe Vereinsrecht, das das Volk noch besitzt, ihm genommen wird, nur diejenigen, die es für kein Unheil erachten, wenn die Volksschule einer konservativ-liberalen Mehrheit ausgeliefert wird und gänzlich verkommen, nur diejenigen, denen es gleichgültig ist, ob die Tausende von Staatsarbeitern und unteren Beamten auch weiterhin in der bisherigen Weise ausgebeutet werden, können heute noch von einer Beteiligung an den Landtagswahlen abraten. Wir dürfen nicht vergessen, daß, sobald die Sozialdemokratie sich an den Wahlen beteiligt, auch das liberale Bürgerthum aus seiner Unthätigkeit, der es sich in den letzten Jahren hingeeben hat, gerissen wird und den Wahlen wieder ein lebhafteres Interesse entgegenbringt. Sobald aber die Wahlbeteiligung wächst, wird, den bisherigen Erfahrungen entsprechend, auch die Reaktion, wenn nicht völlig gestürzt, so doch erheblich geschwächt werden. Aber selbst, wenn diese Hoffnung trübt, selbst wenn trotz regerer Wahlbeteiligung die Zusammensetzung des Hauses dieselbe bleibt, wie bisher, haben wir doch kein Recht, die Hände in den Schoß zu legen und unthätig zuzusehen, wie die heiligsten Güter der Nation dem preussischen Junkerthum überlassen werden. Wir müssen alles versuchen, die Macht des Junkerthums zu brechen. Selbige und das trotz aller Anstrengungen nicht, so bleibt uns wenigstens der eine Trost, daß wir nichts unberührt gelassen haben, um den Ansturm der Junker und Junkergenossen abzuwehren. Andernfalls dürfte uns der Vorwurf, indirekt durch unsere Unthätigkeit der Reaktion ihren Sieg erleichtert zu haben, nicht erspart bleiben. P. H.

Der preussische Landtag und die Koalitionsfreiheit.

Bei dem in maßgebenden Kreisen immer deutlicher hervortretenden Streben, reaktionäre Anschläge, zu deren Verwirklichung der Reichstag seine Hand nicht bietet, auf landesgesetzlichem Wege zu regeln, ist es nicht ausgeschlossen, daß, falls der in Aussicht gestellte Zuchthausparagraf im Reichstage keine Mehrheit erlangt, der Versuch gemacht wird, direkt oder indirekt, wenigstens für Preußen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten. Diese Vermuthung wird zur Gewissheit, wenn man sich die vorjährigen Debatten über die lex Rade in Erinnerung ruft, jenes Gesetz, dessen Annahme eine gänzliche Vernichtung der Gewerkschaftsbewegung zur Folge gehabt haben würde. Namentlich die Verhandlungen des Herrenhauses, dessen Mitglieder ja auf die Stimmung des Volkes keine Rücksicht zu nehmen brauchen, lassen keinen Zweifel darüber, daß es den Junkern und Junkergenossen weniger auf ein politisches Rundtodtmachen der Arbeiter, als vielmehr auf eine völlige Unterdrückung derselben in wirtschaftlicher Hinsicht ankam. Die Beschränkung des Versammlungsrechtes bildete nur das Mittel, um Arbeitseinstellungen so gut wie unmöglich zu machen und die Arbeiterschaft der Willkür der Unternehmer preiszugeben.

Allen voran war es der Oberbürgermeister von Altona, Dr. Giese, der dieser Ansicht unverhohlen Ausdruck gab, indem er, anschließend an den eben beendeten Hamburger Hafenarbeiterstreik, ein langes und breites von der „brutalen Gewalt“ der Arbeiter fesselte und an den Staat die Anforderung stellte, gegen diesen angeblichen Terrorismus einzuschreiten, damit nicht der Arbeitgeber gezwungen würde, sich zur Abwehr des Terrorismus der Streikenden selbst eine Schutztruppe zum Schutze seiner Arbeiter zu organisieren. Wenn man immer betont, daß die Vereins- und Versammlungsfreiheit in Preußen ein wichtiges Recht ist, meine Herren, da muß ich doch sagen, wenn nicht bloß die Vereins- und Versammlungsfreiheit auf der einen Seite durch den Terrorismus der Arbeiter vollständig illusorisch gemacht wird, wenn darüber hinaus die Freiheit des einzelnen, seinem Verufe, seiner Arbeit nachzugehen, aufgehoben wird, so steht mir die persönliche Freiheit des einzelnen doch höher, als seine Freiheit, sich vereinigen zu können.

Und in ganz ähnlichem Sinne äußerten sich die Konservativen Führer Herr v. Mantuffel und v. Hellendorff-Wedra. Für ersteren galt es als feststehend, daß die Zeiten, wo der Arbeitgeber zu hohe Gewinne auf Kosten der Arbeitnehmer erzielte, vorüber seien, und daß jeder Streik durch die Verhegung sozialdemokratischer Agitatoren bezüglich des Lohnes hervorgerufen wird. „In der Regel sind die Arbeiter, die in der betreffenden Fabrik arbeiten, nicht ohne weiteres diejenigen, die den Streik anfangen, sondern es kommt der sozialdemokratische Agitator hin und heyt die Leute auf zum Streik, und streikt dann die eine Fabrik, so streiken auch die anderen Fabriken derselben Branche.“ Das geht nicht von den betreffenden Arbeitern aus, sondern von den sozialdemokratischen Agitatoren.

Welch' tiefe sozialpolitische Weisheit!

Auch Herr v. Hellendorff-Wedra sprach sich dahin aus, daß die große Masse der Lohnkämpfe in Deutschland von der Sozialdemokratie angefaßt seien, nicht aber, um den Arbeitern zu helfen, sondern um die Unzufriedenheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu schüren.

Daß da, wo soviel Weisheit verzapft wird, auch der Scharfmacher Stumm nicht schelte und sein bekanntes Alagelied über die Ablehnung des § 153 der Gewerbe-Ordnung in der Fassung der Regierungsvorlage vom Jahre 1891 anstimmte, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Diese wenigen Zitate beweisen zur genüge, welche Gefahr dem Koalitionsrecht der Arbeiter droht. Kommt der Zuchthaus-Paragraf für das Reich nicht zu Stande, so wird man es in Preußen versuchen. Des Herrenhauses ist die Regierung sicher und im Abgeordnetenhause ist ein solches Attentat gegen die Arbeiterschaft zum mindesten nicht ganz aussichtslos, falls nicht die Neuwahlen der Regierung und den mit ihr verbündeten Reaktionen einen Strich durch die Rechnung machen. —

Für Nichtbeteiligung an der Landtagswahl

erklärten sich die Parteikonferenzen der Kreise Wittenberg-Schweinitz und Lorgau-Liebenwerda. In ersterem Kreise wird eine Beteiligung als „völlig aussichtslos“ betrachtet, weil bei der 1893er Wahl 273 konservativen Wahlmännern nur 50 liberale gegenüberstanden. In letzterem Kreise hält man die Beteiligung für unmöglich, weil die Arbeiter sich nicht getrauen würden, öffentlich ihre Stimmen für unsere Kandidaten abzugeben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Korbmacher! Die nächste regelmäßige Branchen-Versammlung findet der Profesterversammlungen wegen am Montag, den 26. d. M. statt. Gleichzeitig machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 18. d. M., mittags 12 Uhr, in Friedrichsberg, Frankfurter Allee 174, eine öffentliche Versammlung für die Grünbranche stattfindet. Da am Sonntag jeder Zeit hat, so erwarten wir auch hierzu das Erscheinen der Berliner Kollegen. Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Achtung, Vergolder! Die Mitgliederversammlung fällt am Montag wegen der Gewerkschaftsversammlungen aus. Die nächste Mitgliederversammlung findet Montag den 26. d. M. statt. Siehe heutiges Infocart. Der Bevollmächtigte.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Schauerleute nahmen in ihrer Mitgliederversammlung am 14. d. Mts. folgende Resolution an: „Die Mitgliederversammlung der Schauerleute von Hamburg-Altona erklärt, den ihr von dem Verein der Steuer und der Hamburg-Amerika-Linie übermittelten Lohnvertrag vorläufig annehmen zu wollen. Ganz entschieden muß sie es aber verurtheilen, daß die betreffenden Arbeitgeber-Vereine in keine Verhandlungen mit der von den Schauerleuten gewählten Tarifkommission eingegangen sind, sondern auf eigene Hand den Lohnvertrag ausgearbeitet haben. Da dieser Tarif in fast allen Punkten den berechtigten Wünschen und Forderungen der Schauerleute nicht entspricht, kann die heutige Versammlung unter keinen Umständen denselben für dauernd bindend anerkennen.“

Die Vermeidung der Aussperrung der Magdeburger Bauhandwerker erfolgte durch Annahme folgender Resolution:

1. Der Streik wird von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern am heutigen Tage für beendet erklärt und sollen Maßregelungen beiderseitig nicht stattfinden.

2. Die Streifragen in den einzelnen Geschäften des Arbeitgeber-Verbandes werden durch die in dem Protokolle vom 19. Juli dieses Jahres festgesetzte Dreier-Kommission, welche für jedes Geschäft gewählt ist resp. jeweilig zu ergänzen ist, erledigt. Sollte sich herausstellen, daß im Laufe der Zeit ein praktisches Bedürfnis für eine Schlichtung von Streitigkeiten durch eine andere Kommission sich wünschenswerth macht, so steht dem Arbeitgeber-Verbande wie den Arbeitnehmern das Recht zu, diese Wünsche, wie im Protokoll vom 19. Juli d. J. vorgelesen, zur Sprache zu bringen.

3. Die Streik-Kommission verpflichtet sich durch Namensunterschrift für strikte Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen, wodurch die Abnahme der Unterschriften der einzelnen Arbeitnehmer betreffs des Lohn- und Arbeitsvertrages ausgeschlossen ist. Die Arbeitsbedingungen werden in jedem einzelnen Geschäft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Grund der Gewerbe-Ordnung selbst geregelt.

4. Andererseits verpflichtet sich die Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zur Anerkennung der gegenwärtig geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Zeit bis zum 31. März 1890. — Vom 1. April 1890 bis 31. März 1900 wird für jeden arbeitsfähigen Gesellen ein Lohn von 42—44 Pf. mit einem Durchschnitt von 43 Pf. gezahlt. Junggesellen, welche noch nicht 1 Jahr als Geselle gearbeitet haben, erhalten einen Stundenlohn von 37 Pf., alte Gesellen, welche nicht mehr im Vollbesitze ihrer geschäftlichen Leistungsfähigkeit sind, 40 Pf. Bauarbeiter erhalten einen um 10 Pf. pro Stunde geringeren Lohn wie die Gesellen unter Beachtung der für diese festgesetzten Maßgabe.

Die Versammlung beschließt die Aufhebung der in den Partei- und Fachblättern publizierten Bekämpfung betreffs Fernhaltung des Zugangs von Arbeitskräften nach Magdeburg zu veranlassen. — Die Aufhebung des Ausstandes hat ungewissheitlich die Anerkennung einer Gleichberechtigung der Arbeiter gebracht. Das war aber der wichtige Streitpunkt, um den der Kampf entstand, alle anderen traten weit zurück, zumal die Arbeiter selbst keine Lohnforderungen gestellt hatten. Deshalb wurde auch die Resolution von den Arbeitern einstimmig angenommen und ein für die Arbeiter ehrenvoller Abschluß des Kampfes herbeigeführt. Zugleich haben die Streikenden diejenigen Lügen gestraft, die behaupteten, sie wären die Störer des Friedens.

Eine lächerlich kindische Art der Sozialistenbekämpfung hat die Firma Hartigwerke Löttau ausgeübt. Dort wurde im Hausflur der Fabrik an der schwarzen Anschlagtafel eine Abbildung der „Villa“ Webers, wie sie die „Dresdener Nachrichten“ vor einiger Zeit reproduzierte, mehrere Tage lang angeklebt. Die Arbeiter lachten natürlich über diese Albernheit.

Eine Antwort und zwar die einzig richtige, gaben die Holzarbeiter von Suhl auf die neuesten Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschneiden. Was trotz jahrelanger Bemühungen nicht möglich war, geschah jetzt. Eine Zahlstelle des deutschen Holzarbeiter-Verbandes wurde dort am Sonntag, 11. d. M., gegründet.

Handschuhmacherstreik. Am Montag trat das ganze Personal der Handschuhfabrik von Schleicher in J l m e n a u, 8 verheiratete und 6 ledige Handschuhmacher, in einen Streik. Lohnunterschieden sind die Ursache.

Der Streik der Steinmehlen bei der Firma Kleinig in Rostock dauert fort. Von der Firma sind Frauen zum Ertrag herangezogen, die zum Granitstein angeleitet werden. Bezeichnend ist es auch, daß die Firma den von auswärts als Streikbrecher Angeworbenen 60 Pf. pro Stunde bietet, während die Ausständigen nur 45 Pf. verlangen. Es wird deshalb nochmals dringend gebeten, den Zug fernzuhalten.

Der Streik der Güterlader in Nürnberg bringt für die Güterhallen-Verwaltung eine nicht zu bewältigende Anhäufung der Güter. Sie drängt deshalb die Speditoren zur Abfuhr. Den Fuhrleuten und Ladern wurde bei einer Arbeitszeit von früh 4 Uhr bis nachts 9 Uhr ein Wochenlohn von 15 M. 70 Pf. bis 18 M. 70 Pf. bezahlt. Die Leute verlangen nun einen Wochenlohn von 20 M., zwölfständige Arbeitszeit und für Ueberstunden 30 pCt. Zuschlag.

Nachdem der Württembergstreik in Helmstadt von den Streikenden für beendet erklärt ist, haben nunmehr auch die Württemberg in Braunshweig die Aufhebung des Streiks beschlossen. Der Kampf wurde nur noch durch Fernhalten des Zugangs aufrecht erhalten. Der Ausstand, der 31 Wochen dauerte, hat mit der Einführung einer verbesserten Arbeitsordnung geendet und bedeutet einen theilweisen Erfolg für die Streikenden.

Der Boykott über die zwei Mannheimer Brauereien ist nach einer heftigen Debatte auf Antrag des Genossen Jähly aufgehoben. Die Fortsetzung des Kampfes wäre erfolglos gewesen, da die Wirkung des Boykotts eine zu geringe war. — Die „Frankf. Ztg.“ will wissen, daß eine spätere Versammlung des Boykott wieder verhängt habe.

Ausland.

Achtung, Pianoarbeiter! In Gothenburg in Schweden sind die Pianoarbeiter in eine Lohnbewegung getreten. Da die Arbeitgeber damit gedroht haben, Arbeitskräfte von Deutschland anzu-

werben, werden die Pianoarbeiter Deutschlands gewarnt, sich durch irgend welche Versprechungen nach Schweden lösen zu lassen.

In Paris streifen die Erdarbeiter, die mit den Vorarbeiten der unterirdischen Stadtbahn und der Weltausstellung beschäftigt sind. Die Zahl der Streikenden wird auf etwa 15 bis 18 000 geschätzt. Die Arbeiter fordern die Erhöhung des Lohnes von 50 Centimes auf 60 beziehungsweise (für die unterirdischen Arbeiter) 75 Centimes pro Stunde, gemäß dem vom Gewerbeamt vorgeschriebenen Lohnsatz. Mit diesem Tarif steht es nämlich so, daß die Unternehmer ihn auf Grund einer vor Jahren vom Staatsrath getroffenen Entscheidung ohne weiteres mißachten dürfen. Die Arbeiter müssen immer wieder in den Streik treten, um die Durchführung des gemeinverständlichen Beschlusses zu erzwingen. Die Lohnbewegung hat sich binnen 24 Stunden wie ein Lauffeuer verbreitet, den Charakter eines all gemeinen Erdarbeiter-Streiks annehmend. Die Ansichten der Streikenden beruhen auf der Dringlichkeit der Arbeiten sowohl auf der Weltausstellung, wie auf der für die Weltausstellung bestimmten Stadtbahn. Die Streikenden verhalten sich ruhig. Sie brauchen keine Drohungen anzuhören, um die „Arbeitswilligen“ zum Streik „anzureizen“. Es genügt die einfache Ankündigung der begonnenen Bewegung an den einzelnen Arbeitsstellen. Und falls die Polizei, die natürlich in Masse aufgeboten ist, keine Ausdehnungen begehrt, so wird der Streik bis zu Ende ruhig verlaufen. Bisher hat die Polizei nur menschenleere Arbeitsstellen zu schützen.

Aus England. Die Absicht, welche der soeben abgeholte englische Gewerkschafts-Kongress in der sozialistischen Presse Englands erfährt, ist nicht durchgängig die gleiche. Während „Justice“ und „Labour Leader“ ihrer Zustimmung über die Annahme der sozialistischen Resolutionen auf dem Kongress Ausdruck geben, überwiegt im „Clarion“ ein pessimistischer Ton. Die Beschlüsse hätten einen sehr geringen Werth, da von ernsthaften Maßnahmen in ihrem Sinne so gut wie nichts zu berichten sei. Die Vertreter von fünfviertel Millionen Gewerkschaftern hätten für die „Vergesellschaftung der Zunderstämme“ gestimmt, aber wenn es demnach wieder heißt, zur Wahl zu gehen, so würden eben diese fünfviertel Millionen Gewerkschaftler zur Hälfte für die eine und zur Hälfte für die andere der beiden bürgerlichen Parteien stimmen und die Kraft ihres Votums so neutralisieren. Was vor allem erheischt sei: die Vereinbarung eines Programms unmittelbar zu verwirklichender Reformen und einer entsprechenden Aktion, davon habe auch dieser Kongress die Hand gelassen.

Weiterhin wird in demselben Blatt auch über den Beschluß Klage geführt, zur Behandlung der Frage des zu schaffenden Gewerkschaftsbundes einen Spezialkongress einzuberufen. Dies sei eine von den Drahtziehern des Kongresses ausgehende Spielerei, um die Annahme eines ihnen unangenehmen durchgreifenden Förderungsplanes zu hinterziehen. Man habe theoretisch radikalen Beschlüssen zugestimmt, um in der Praxis alles beim alten zu lassen.

Bis zu einem gewissen Grade wird dieses letztere Urtheil von James Maudsley, dem etwas jüdischen Repräsentanten der alten Gewerkschaftler, unterstützt. Das überwiegende Interesse der Delegirten, schreibt er in „Maudsley“, sei der Frage des Gewerkschaftsbundes zugewandt gewesen, aber es habe sich nur in dem Bestreben geäußert, mit ihr anzukommen. Für das abstrakte Prinzip sei natürlich jeder, wenn es jedoch zur konkreten Formulierung komme, gäbe es soviel Meinungen wie Köpfe. Daran werde auch der beschlossene Spezialkongress nichts ändern, selbst wenn er sich im Prinzip für irgend ein Projekt erkläre. Die Enthusiasten der Bundesidee vergrößern, daß man einen Bund noch nicht dadurch herstelle, daß man seine Schaffung beschließt. Diejenigen, die sich mit der Sache praktisch abgeben, wüßten, daß ein lebens- und leistungsfähiger Gewerkschaftsverband nur das Produkt langjähriger Entwidlung sein könne. — Offener kann man kaum abwiegen als es in diesen Worten geschieht. Und es ist nicht unwahrscheinlich, daß der alte Praktiker recht behält.

Im übrigen ist der Pessimismus, wie er in dem zuletzt erwähnten Artikel des „Clarion“ zum Ausdruck kommt, etwas übertrieben. Zwischen Beschluß und Ausführung liegt überall ein gut Stück Weges. So hat der Kongress u. a. einstimmig einer Resolution zugestimmt, welche die Gewerkschaftsmitglieder auffordert, für keinen Kandidaten für das Parlament und andere Vertretungskörper zu stimmen, der sich nicht auf ein allgemeines Achtstundengesetz verpflichtet. Ganz sicher werden nun in unzähligen Fällen die Masse der Gewerkschaftler und viele ihrer Führer diesem Beschluß zuwider handeln, und, da die Arbeiter noch an anderen Fragen interessiert sind wie an dem Achtstundentag, gegebenenfalls auch triftige Gründe haben, ihn zu ignorieren. Und doch kann er eine große praktische Wirkung haben, indem er die Handhabe bietet, die Achtstundentage bei jedem Wahlkampf in den Vordergrund der Debatte zu ziehen und die auf die Arbeiterstimmen angewiesenen Kandidaten zu weitgehenden Verpflichtungen in dieser Hinsicht zu nötigen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 16. Septbr. (B. L. V.) Der Strom der Wiener Bevölkerung zur Hofburg-Pfarrkirche dauerte ungeschwächt den ganzen Tag fort. Als die Kirche um fünf Uhr nachmittags geschlossen wurde, harrten noch Tausende vor derselben des Einlasses, der ihnen heute nicht mehr werden konnte. Sehr viele Damen trugen Trauerkleidung, zahlreiche Herren Trauerflor an den Hüften und um den Arm. Die Ordnung wurde keinen Augenblick gestört. Von etwa acht Dymnachtsausfällen infolge des Drängens und der Hitze abgesehen, sind keinerlei Unfälle vorgekommen. Nachmittags um 5¹/₄ Uhr erfolgte in feierlichster Weise die Niederlegung von zwei Kränzen der beiden Häuser des ungarischen Reichstages durch deren Präsidenten. Früher waren solche der beiden Häuser des Reichsrathes und der Stadt Wien niedergelegt worden.

Budapest, 16. September. (B. L. V.) Nach hier eingegangener Meldung ist die Ortschaft Wialyhazi im Bekrimer Komitat, welche 200 Häuser zählte, bis auf fünf Häuser, die unbeschädigt blieben, niedergebrannt.

Rom, 16. Sept. (B. L. V.) Einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Wien zufolge lenkte Graf Riza neuerdings die Aufmerksamkeit des Grafen Solouchowski auf die Gefahren, welche die neuen Unruhen gegen die Italiener in Triest und an anderen Orten in Folge haben könnten. Graf Solouchowski versicherte dem Grafen Riza, der Kaiser habe persönlich genaue Befehle gegeben, um eine Wiederholung der Unruhen zu verhindern. — Dieselbe Agentur meldet aus Triest: Der Statthalter begab sich heute früh zu dem italienischen Konsul, um demselben sein Bedauern über die letzten Ereignisse auszusprechen und ihm zu versichern, daß seitens der Polizei alle Maßregeln zum Schutze der Italiener getroffen seien.

Konstantinopel, 16. September. (Meld. d. Wiener I. L. Tel.-Corr.-Bür.) Nach einer Meldung aus Kandia von gestern ist die Einschließung des Zehntenbureaus und die englischerseits verlangte Demolirung der Häuser, aus welchen auf die Engländer geschossen wurde, bereits durchgeführt. Dagegen ist die Auslieferung der Urheber der Unruhen noch nicht erfolgt.

Konstantinopel, 16. September. (Meldung des Wiener I. L. Tel.-Corr.-Büros.) Es verlautet, der türkische Vorkämpfer in Paterburg sei angewiesen worden, auf den Abrüstungsverordnungs des Jaren zu antworten. Die Pforte müsse infolge des letzten Krieges ihre Rüstungen ergänzen. Die Instandhaltung der gegenwärtigen Wehrkraft entspreche dem weit ausgebreiteten Staatsgebiete und diene zur Aufrechterhaltung des status quo. Die Pforte sei zwar bereit an der Konferenz theilzunehmen, wünsche jedoch deren Programm zu lernen.

Kandia, 16. Septbr. (Meldung des Reuter'schen Büros.) Admiral Roel wiederholte heute (Christi) seine Aufforderung betr. Auslieferung der Waffen der Muselmanen.

Kairo, 16. September. (Meldung des Reuter'schen Büros.) General Grenfell, Oberbefehlshaber der englischen Besatzungsarmee in Ägypten, begiebt sich heute Nacht nach Onadurman; derselbe erhielt Befehl, mit Atkener nach dessen Rückkehr von Raschoula über gewisse Punkte zu verhandeln.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. Wie wir erfahren, liegt die Schuld des Unglücks auf dem gräflich Schaffgott'schen Gutthardtschacht in Orzegow, wo 25 Bergleute verunglückten, von denen nur noch einer lebt, an einer groben Fahrlässigkeit. Die Untersuchung ist bereits im Gange; nur fragt es sich, ob sie sich gegen den wahren Schuldigen richtet. Es hat nämlich den Anschein, als ob dem als Maschinenwärter gebrauchten Arbeiter Piegla alle Schuld aufgebürdet werden sollte. Vom Grubendirektor wurde er dem Untersuchungsrichter gegenüber als „Ober-Maschinenwärter“ bezeichnet, während er in der Ordnungsmäßiger Maschinenwärter, sondern nur einfacher Maschinenarbeiter ist. Als der Untersuchungsrichter auf diesen Widerspruch von Piegla selbst aufmerksam gemacht wurde, meinte der Direktor: P. sei zwar nicht Ober-Maschinenwärter, vertritt aber dessen Funktionen (...). Die Prüfung des gelappten Seiles vor der Wiedererschraubung ist vorschriftsmäßig erfolgt; Piegla hat sie allein ausgeführt, während ein höherer Beamter zugegen sein soll. Eine Prüfung der Neu-Einschraubung mit Belastung hat überhaupt nicht stattgefunden, während ihre Notwendigkeit doch selbstverständlich und auch offiziell vorgeschrieben ist. Ferner bestätigt es sich auch, daß bei der letzten Neubefestigung des Seiles keine Lederfäden zwischen Klemme und Seil eingelegt wurden, was früher geschah. Piegla konnte nach seiner Stellung keinerlei Verantwortung haben, er that einfach, was ihm von seinem vorgesetzten Beamten übertragen wurde. Es wäre nicht übel und wieder einmal recht oberflächlich, wenn man ihn für die Sünden höherer Beamten büßen ließe. Da jetzt die Verichte die Sache in Händen haben, ist zu erwarten, daß der wahre Schuldige gefunden wird.

Auf eigentümliche Art verunglückte in der Löwenbrauerei in München ein Sattlergehilfe. Derselbe ließ sich vom Holzhaufe in den darunter befindlichen Maschinenraum, wo er arbeitete, ein scharfgeschliffenes Sattlermesser an einem Strick herunterreichen. Das Messer rutschte aus dem Hefte, woran der Strick befestigt war, fiel dem Sattler in die linke Halsseite und durchschnitt ihm die Schlagader, so daß sofort der Tod eintrat.

Der deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege nahm auf seiner Jahresversammlung in Köln folgende Resolution an: „Der Verein erachtet eine durchgreifende Wohnungsbeausichtigung für ein dringliches Bedürfnis, hält jedoch zur Zeit Anträge auf reichsrechtliche Regelung für erfolglos und empfiehlt daher Erlass von Landesgesetzen beziehentlich ortspolizeiliche Regelung oder allgemeine polizeiliche Verordnungen.“ Die Versammlung beauftragte einen Ausschuß, diesbezüglich bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden.

Kommunales.

Die Kommission für Zwangsvollstreckungssachen hatte nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats in der Zeit vom 1. April 1897 bis 31. März 1898 50 904 Aufträge zu erledigen. Es entfallen auf Orts-Krankenkassen- und Zimmungs-Kassenbeiträge: 18 301; Requisitionssachen: 12 389; Beiträge zum Besinde-Belohnungs- und Unterstützungsfonds: 7320; Unfallversicherungsbeiträge bezw. Prämien, einschließlich Reaktionen und Kosten: 6372; Gewerbegerichts-Kosten: 2674; Beiträge und Strafen zur Invaliditäts- und Altersversicherungskasse: 754; Stadtausschuss-Angelegenheiten: 467; Schulgeld für höhere Lehranstalten: 315; Schiedsmanns-Strafen bezw. Kosten: 149; Schulverweigerungs-Strafen: 146; Feuerlastenbeiträge: 111; Kostenvorläufe und Strafen, welche von der örtlichen Straßenbau-Polizeiverwaltung, Abteilung 2, festgesetzt worden sind: 71; Marktstrafgeld: 57; Standesamts- und andere Ordnungsstrafen: 16; Kostenvorläufe und Strafen, welche von der örtlichen Straßenbau-Polizeiverwaltung, Abteilung 1, festgesetzt worden sind: 16; Straßenregulierungs- bezw. Pflasterungsarbeiten: 6; schließlich 1830 von der Hauptkasse der städtischen Werke erledigte Zwangsvollstreckungs-Aufträge wegen rückständiger Kanalisationsanschluß-Kosten und Entwässerungsabgaben.

Bemerkenswert ist, daß während die Gesamtzahl aller Zwangsvollstreckungs-Aufträge gegen das Vorjahr um 3686 geringer war, die Zwangsvollstreckungs-Aufträge wegen rückständiger Krankenversicherungsbeiträge sich um 1738 gesteigert haben. — Die Erledigung der 50 904 Aufträge hat sich wie folgt vollzogen: Wegen Verzuges oder Abbleibens der Schuldner wurden gelöst: 9439; durch Zahlungsnachweis bei der Mahnung wurden erledigt: 2307; durch Zahlung bei der Mahnung oder innerhalb der Mahnfrist: 17 431; durch Zahlung oder Zahlungsnachweis nach Ablauf der Mahnfrist, jedoch vor vollzogener Pfändung (Abwendung der Pfändung): 8312; durch körperliche Pfändung bezw. Zahlung nach der Pfändung: 6230; durch Pfändung von Forderungen: 179; durch fruchtlosen Pfändungsversuch: 5672 und durch Einstellung des Verfahrens: 1424. — Wirkliche Versteigerungen gepfändeter Gegenstände haben 42 stattgefunden gegen 63 im Vorjahr. In 607 Fällen haben die Pfändungsgegenstände infolge der von dritten Personen erhobenen Eigentumsansprüche wieder freigegeben werden müssen.

Lokales.

Günster Wahlkreis. Unsere Mitglieder werden nochmals auf die am Nachmittags des 18. September stattfindende Sonder-Vorstellung in der „Urania“ aufmerksam gemacht. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit, eine Wanderung durch die Urgeschichte unserer Heimat.“ Der Beginn der Vorstellung ist auf 2 Uhr festgesetzt, doch ist der Zutritt zu den Ausstellungstischen von 12 1/2 Uhr an gestattet.

Gleichzeitig bietet sich unseren Mitgliedern die Möglichkeit, die sehenswerte Lihrenausstellung zum ermäßigten Preise von 25 Pfg. statt 50 Pfg. zu besichtigen. Eintrittskarten sind noch an folgenden Stellen zu haben: Antisch, Hirtenstr. 10; Wittchow, Kl. Hamburgerstr. 27, und Wendland, Marienburgerstr. 32.

Der Vorstand.

Der Spandauer Brandstifter ein Streifbrecher! Die Brandstiftungs-Affäre in Spandau, die gestern noch einer Anzahl reaktionärer Blätter willkommenen Anlaß bot, von neuem ihr Geheiß nach der Zuchtshausvorlage zu erheben, ist bereits heute flüchtig in ihr ganzes Nichts zusammengesunken. Der Thäter ist nämlich entdeckt worden und dabei hat sich zum tiefen Bedauern aller Zuchtshauschwärmer ergeben, daß man in seiner Person statt des schnellst erwünschten Ausständigen ein wahres Mustereemplar von Streifbrecher gefunden hat!

Die „Vossische Zeitung“, die gestern noch als Organ des Ausbeutertums abemals ihren Freisinn an den Nagel hing und mit am lautesten nach Vermehrung der Polizei schreie, sieht sich heute gezwungen, folgende auch in anderen bürgerlichen Blättern abgedruckte Mitteilung zu bringen:

Spandau, 15. September. (Sp. Kor.) Der Brandstifter, der den von 60 italienischen Maurern bewohnten Holzschuppen angezündet hat, ist ermittelt und zur Haft gebracht worden. Es ist ein 19jähriger Bauarbeiter namens August

Engel, in der Seeburgerstraße wohnhaft. Er ist in verschiedenen Stellungen beschäftigt gewesen, als Kutscher eines Sandwagens, als Steinträger und als Maurerhandlanger, zuletzt bei der von den Maurern gesperreten Baufirma Gebr. Reinecke, wo er vor vier Tagen wegen Trunkenheit und Unbotmäßigkeit entlassen wurde. Seitdem ging er mäßig umher. Er behauptet, sich nicht mehr erinnern zu können, auf welche Art er den Schuppenbrand verursacht hat; er meinte, er habe wohl eine brennende Zigarre fortgeworfen. Im ganzen ist er aber gefähig und seine Erzählung stimmt mit der Darstellung des Politikers, der den Brand zuerst wahrgenommen und zwei flüchtige Personen, mit dem Revolver schießend, verfolgt hat, vollkommen überein. Denn der Brandstifter gesteht selbst zu, bei der Brandlegung einen Begleiter gehabt zu haben, den er aber mit Namen nicht kenne.

Daß es so kommen mußte! Wie schade nunmehr um die Druckerschwärze, die vom großen Schleifstein des Herrn Stumm bereits zu einem Leitarittel hat erhalten müssen. Pech haben die Arbeiterfeinde, grenzenloses Pech! Da erwartet man mit voreiligem Frohlocken, einen Ausständigen als Thäter zu finden, der schon jetzt, ohne daß die Sozialreform durch die Zuchtshausvorlage ihre Krönung erhalten hat, zur Stillung des ersten Heißhüners der Stämmlinge ins Zuchtshaus wandern kann, und nun stellt sich heraus, daß der Brandstifter gerade einer jener Leute ist, wegen deren die ehrenhaften Arbeiter mit den schwersten Strafen belegt werden sollen. Streifbrecher auf einem gesperreten Bau, Arbeitswilliger und daher gewiß wie alle anderen seines schnapdduftenden Schlags verhältnismäßig lieblich der Arbeiterfeinde und möglicherweise unter polizeilichem Schutz zur Arbeitstätte befördert — und nunmehr als Brandstifter hinter Schloß und Riegel!

Wir gratulieren dem Arbeitgeber-Verband von Bergen zu dem schönen Erfolg, zu dem er mit der opferwilligen Entendungsprämie von 800 M. wesentlich beigetragen hat, und geben ihm anheim, unter den Trunkenbolden, die er sich zu Streifbrecher-Diensten aufgeföhren, nur weiter nach Komplizen zu forschen. Der Erfolg dürfte auch hinfür nicht ausbleiben!

Für die ehrenhaften Arbeiter aber, die nunmehr selbst in den Augen des Philisters moralisch gerechtfertigt sind, scheint die Lage günstiger denn je zu sein. Die bürgerlichen Blätter berichten gleichmäßig, daß gestern abemals eine Anzahl italienischer Maurer abgereist seien — die Arbeiterfeindschaft bringt es so mit sich, anzugeben, daß sie aus Furcht vor Gewaltthätigkeiten die Stadt verlassen hätten. Weit eher ist anzunehmen, daß diese Leute sich der unglücklichen Rolle, zu der sie verleitet wurden, bewusst geworden sind und es verschmähten, noch länger ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen.

Wir wollen hoffen, daß die glänzende moralische Rechtfertigung, welche die Ausständigen durch die für die Gegner so überraschende Wendung in der Brandstiftungsaffäre erhalten haben, dazu beitragen wird, daß die für heute angelegten Vergleichsverhandlungen vor dem Gewerbegericht zu einem für beide Theile annehmbaren Frieden führen. An den Arbeitern hat es bekanntlich nicht gelegen, daß der Spandauer Ausstand noch fortbauert; sie werden auch heute zum Vergleich bereit sein, soweit von gegnerischer Seite ihrer Ehre nicht zu nahe getreten wird.

Auf dem Gemeinde-Friedhofe der Stadt Berlin (in Friedrichsfelde) wurden 1897/98 für Rechnung der Stadt 4144 Leichen (2690 Erwachsene, 1454 Kinder), auf Wahlstellen sowie gegen Bezahlung 218 Leichen (168 Erwachsene, 48 Kinder) beerdigt. Seit Eröffnung des Friedhofes, 21. Mai 1881, sind bis zum 31. März 1898 überhaupt 44 502 Leichen darauf beerdigt worden. Die für Rechnung der Stadt beerdigten Leichen sind Armen-Leichen. Die Armengräber werden nicht einzeln aufgehängt, sondern in großen Abteilungen von 50—80 Gräbern zu gemeinsamen, 35—40 Zentimeter hohen Rasenbeeten vereinigt. „Sie gewähren deshalb“, sagt der Verwaltungsbericht pro 1897/98, „nicht den abstoßenden Anblick eines sogenannten Armen-Kirchhofes, wie er in Berlin vor der Anlage des obigen Gemeinde-Kirchhofes üblich war, und wie er bei vielen auswärtigen Stadtgemeinden noch jetzt vorhanden ist. Ausgiebige Wesprenzung der Rasenbeete und die periodische Neubefassung derselben ermöglichen es, daß diese Freigrab-Abteilungen stets einen grünen und für das Auge erfreulichen Anblick darbieten.“ Es ist wahr, die Rasenbeete werden nicht schlecht gepflegt, und sie machen, solange man sie eben für richtige Rasenbeete hält, wirklich einen ganz freundlichen Eindruck. Sehr unwerthlich wirkt aber das Bild, sobald man näher kommt und nun an den in die Erde gesteckten, vielfach schon unleserlich gewordenen Nummer-Tafelchen erkennt, daß das Grab ein solches ist, das doch geflattet, auch Blumen und kleinere Sträucher auf den Gräbern anzupflanzen, doch wird eine besondere Aufsichtnahme der zu schmückenden Grabstellen auch in diesem Falle nicht erlaubt. Erhöhte Denkmäler und feste Gitter dürfen ebenfalls nicht angebracht werden, weil das, sagt der Bericht, „beim Abmähen des Grases hinderlich sein würde“, und weil „dergleichen Gegenstände erfahrungsgemäß auch selten gepflegt werden und deshalb rasch unansehnlich werden“. Vereinzelt Armengräber tragen den gestatteten Blumen- und Strauchenschmuck, und auch kleine Grabsteine und niedrige Kreuze finden sich. Aber es macht einen recht trübseligen Eindruck und stimmt den Beschauer fast wehmüthig, wenn er auf dem großen Rasen, der die Beete von 50—80 müden Wanderern deckt, drei oder vier kleine Reistede sieht, die mit ihrem bescheidenen Pflanzenschmuck, ihrem meist recht ärmlichen Denkstein oder Kreuz in das gleichmäßige Grün der sie umgebenden Fläche gebettet sind. Der Bericht sagt: „Der Friedhof wird wegen seiner gesunden, luftigen und schattigen Lage gern als Erholungsplatz benützt.“ Nachdenkliche Besucher werden kaum viel Erholung finden, wenn sie an den Massengräbern der Armen vorüberschreiten.

Der Einfluß der Lebensmittel-Preiserhöhung auf die Lebenshaltung der unbedeutendsten Bevölkerung läßt sich unter anderem aus den Erfahrungen der letzten Jahre, die die Berliner Gemeindeverwaltung Anfang der 90er Jahre, als die Lebensmittel außerordentlich hoch im Preise standen, in ihren Anstalten gemacht hat. Im städtischen Waisendepot z. B. beliefen sich die jährlichen Aufwendungen für die Verpflegung pro Kind 1888/89 noch auf 106,27 M., stiegen bis 1891/92 auf 122,24 M., fielen bis 1894/95 auf 106,45 M. und stellten sich, nach erneutem Steigen, 1896/97 auf 108,56 M. Im städtischen Waisenhaus weichen die Zahlen um ein geringes ab, steigen und fallen aber in genau derselben Weise. Dabei ist an der Art der Verpflegung der Waisenkinder in dem erwähnten Zeitraum nichts geändert worden. Dasselbe Auf und Ab der Ausgaben für die Verpflegung zeigt sich auch in anderen Anstalten, z. B. im Obdach, in den Siechenanstalten u. s. w. Auch hier hat entweder keine oder doch nur eine für die Höhe der Ausgaben unwesentliche Aenderung des Verpflegungs-Regulativs stattgefunden. In mehreren der betreffenden Verwaltungsberichte wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für die Erhöhung bezw. Ermäßigung der Kosten die Erhöhung bezw. Ermäßigung der Lebensmittelpreise ausschlaggebend gewesen ist. In privaten Haushaltungen ist, wenn die Familie ohnehin ein knapp bemessenes Einkommen hat, eine Erhöhung der Ausgaben für die Verpflegung natürlich nur bis zu einer gewissen Grenze möglich. In der Regel muß bei steigenden Lebensmittelpreisen sehr bald — zum Schaden der Leistungsfähigkeit und selbst der Gesundheit — nicht bloß die Güte, sondern auch die Menge der verbrauchten Lebensmittel verringert werden, wie der in theuren Zeiten beobachtete Rückgang des Verbrauches beweist.

Auf Grund der Akten für Renten und Beitragsleistung ist in der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin für 1897 der Versuch angestellt worden, die Zeit zu bestimmen, während welcher gar kein Nachweis für die Beschäftigung seitens der Versicherten vorliegt. Demnach sind von den Invalidenrentnern bis zum Eintritt ihrer Erwerbunfähigkeit beim männlichen bezw. weiblichen Geschlecht jährlich im Durchschnitt nur 2,9 bezw. 2,8 Wochen ohne jeden Nachweis, weshalb keine Marken verwendet wurden, geblieben; bei den verheiratheten Frauen und verstorbenen Männern mit Heiraths-Beitragsleistungen und Todes-Beitragsleistungen ist das gleiche für 5,6 bezw. 5,7 Wochen der Fall. Doch ist dabei nicht außer Acht zu lassen, daß die Krankheitswochen von den Invalidenrentnern schon wegen der Steigerung der Rente, die dieselben zur Folge haben, im allgemeinen nachgewiesen wurden, im Gegensatz zu den Versicherten mit Beitragsleistungen.

Ueber die wohlthätige Wirkung der stündlichen Lüftung der Schulzimmer berichtet die „Zschr. f. Schulgesundheitspflege“ aus dem 28. Jahresbericht des Landes-Medizinal-Kollegiums für das Medizinalwesen im Königreich Sachsen. Das von dem Bezirksarzt in Dresden zusammen mit dem Heizerinspektor entworfene Regulativ zur Durchlüftung der Schulzimmer mittelst gleichzeitigen Oeffnens von Fenstern und Thüren nach jeder Schullunde war im Herbst 1896 in allen Schulen Dresdens veruchsweise eingeführt worden. In der großen Mehrzahl der Schulen wurde dieses Regulativ mit Freuden begrüßt. Nur in einigen wenigen Schulen mit ängstlichen Direktoren und Lehrern stieß es auf Widerstand, und die vorgeschriebene Durchlüftung wurde lässig oder gar nicht ausgeführt. Nachtheile für die Schulkinder sollen sich bis jetzt nicht aus der regelmäßigen Durchlüftung ergeben haben; nur einige schon leidende Lehrer haben die Verschlimmerung ihres Krankheitszustandes darauf geschoben. Diese Durchlüftung hat aber nicht allein die Beschaffung guter Luft in den Schulzimmern gefördert, sondern noch eine wohlthätige Folge gehabt, an die zunächst bei ihrer Einführung nicht gedacht worden war. Vielen Lehrern in den durchlüfteten Schulen ist sehr bald aufgefallen, daß die Schüler bis zur letzten Stunde geistig viel reger und leistungsfähiger als früher sind. Diese Beobachtung hat Anlaß zu einer speziellen Untersuchung durch das Schulamt, den Schulinspektor und den Schulkommissar gegeben. Mehrere Lehrer haben sich vereint, diesbezügliche Beobachtungen zu sammeln und wissenschaftlich zu verwerthen.

Eine neue Pferdebahnlinie Rathhaus-Pankow ist eröffnet worden. Die Wagen folgen einander in Abständen von 12 Minuten und bilden eine Zwischenlinie der Strecke Rathhaus-Niederschönhausen. Durch die Eröffnung dieser Linie ist somit ein Sechsminutenverkehr nach Pankow geschaffen worden. Der Fahrpreis für die ganze Strecke beträgt 15 Pfg. — Wegen Verlängerung der Straßenbahn vom Spandauer Dack bis nach Spandau schweben Verhandlungen zwischen der Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft und den beteiligten Staats- und städtischen Behörden. Diese neue Strecke ist auch mit elektrischem Betriebe gedacht.

Wegen Herstellung des durch die Bismarckstraße zu führenden Theiles der elektrischen Hochbahn als Unterpfeilerbahn haben die Bewohner jener Stadtgegend, Angehörige Berlins, Charlottenburgs und Schönebergs, jetzt eine Petition eingereicht an den Kaiser gerichtet.

Die Errichtung eines großen Elektrizitätswerkes in Berlin W. für das ganze westliche Straßennetz der Großen Berliner Straßenbahn, der westlichen Berliner Vorortbahn (bisherigen Dampfbahn) und der südlichen Vorortbahn durch die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (Union) ist jetzt beschlossene Sache. Die Gesellschaft hat zu diesem Zwecke auf Schöneberger Gebiet außerhalb der Ringbahn zwischen der Potsdamer und Anhalter Bahn von der Westlichfabrik Pfeiffer u. Drudenmüller ein Gelände bereits künstlich erworben und wird mit den Vorarbeiten zur Errichtung der Anlage schon in aller nächster Zeit beginnen.

Auf dem Gelände des Charitee-Krankenhaus haben die Neubauten noch weitere vorübergehende Aenderungen notwendig gemacht. Neben dem Gräfe-Denkmal an der Ecke der Schumann- und Luisenstraße hat man aus dem Eisengitter eine Durchfahrt herausbrechen müssen, die dem Anfahren des Baumaterials für das neue Direktionsgebäude und die Anstaltskirche dient. Die Chariteestraße ist aus diesem Grunde von der Schumannstraße an gesperrt, die Wagen müssen jetzt durch die Unterbaumstraße herumfahren. Den Neubauten sind auch bereits zahlreiche alte Bäume zum Opfer gefallen. So weit als möglich sucht man den prächtigen alten Baumbestand zu erhalten. Gegen Beschädigungen während der Bauarbeiten hat man die Bäume, die stehen bleiben, mit zwei bis drei Meter hohen Schutzzäunen aus Latzen umgeben. Das Pathologische Institut ist bereits so weit vorgeschritten, daß die Glaser und Maser ihren Einzug gehalten haben.

Eine große Verkehrsstörung gab es gestern, Freitag, Nachmittags an der Ecke der Gneisenau- und der Bellealliancestraße. Hier liegt an der Kreuzung verschiedener Straßenbahnen eine Weiche, die die Wagenfahrer selbst stellen müssen. Als um 4 1/2 Uhr der Wagen Nr. 1271 der elektrischen Linie Kreuzberg-Geismundbrunn nach dem Galeschen Thore zu fahren wollte, führte die Weiche nur die Vorderäder richtig gerade aus, die Hinterräder dagegen nach rechts ab in ein anderes Geleise hinein. Der hintere Schemel drehte sich und dann sprangen die Räder mit einem starken Knall aus den Schienen heraus auf das Straßenpflaster. Born im Geleise und hinten auf dem Pflaster lief der Wagen noch etwa 50 Schritte weiter, bis er stehen blieb. Man versuchte es auf diese und jene Art, den Entgleiseten auf den rechten Weg zurückzubringen, aber seinen 300 Zentnern gegenüber reichten auch die vereinten Kräfte zahlreicher Schaffner und Fahrer nicht aus. Endlich kam ein Kohlenkutscher den Rathlosen zu Hilfe. Er spannte seine Pferde hinten an den elektrischen Wagen an, und die kräftigen Thiere zogen diesen in kurzer Zeit wieder zurecht. Mittlerweile waren aber 32 Minuten vergangen. Auf verschiedenen Seiten der Unfallstelle hatten sich allmählich 75 Pferde- und elektrische Wagen im bunten Wechsel angeammelt, und dabei war das eine Geleise noch frei.

Die städtische höhere Weberschule, Markstraße 49, beginnt im Oktober ihre neuen Unterrichtsreihe, und zwar ertheilt die Tagesabtheilung den Unterricht für Weberei, Musterzeichnen, Wirkerei, Färberei, Posamentiererei und Sticker zuerst am Dienstag, den 11. Oktober. — Die Abend- und Sonntag-Abtheilung beginnt ihre Kurse für Weber, Wäcker, Posamentierer und Sticker, Knusleute und Färber am Sonntag, den 9. Oktober. Nähere Auskunft ertheilt der Direktor der Anstalt, Herr Professor Gärtler.

Die Poliklinik für Kinderkrankheiten in der Charitee, die unter der Leitung des Geheimraths Prof. Dr. Gähner und der Oberärzte Dr. Wendig und Dr. Stolner steht, wird Montag, den 19. d. M., wieder eröffnet. Meldungen werden vertklich von 12 bis 1 Uhr nachmittags am Hauptportal der Alten Charitee entgegengenommen.

Ein Zuchtshändler als Gemeindevorsteher. Ein lang gesuchter Berliner Ueberdieb wurde unter eigenartigen Umständen von der Polizei zu Labian in Ostpreußen ermittelnt und verhaftet. Es handelt sich um den Wuchshändler Eugen Wödmann, der vor mehr als drei Jahren in Berlin eine werthvolle Uhr gestohlen hatte und seitdem von der Staatsanwaltschaft stetdrücklich verfolgt wurde. Erprobte schon mit elf Jahren Zuchtshaus vorbestraft ist und unter Polizeiaufsicht steht, gelang es ihm doch, eine Vertrauensstellung in der Dampfsegelei bei Wilhelmswerder zu finden. Da sein Vorleben dort nicht bekannt war, wußte sich W. durch sein scharfes Auftreten bald Zutritt zu den besten Gesellschaftskreisen zu verschaffen, so daß man keinen Anstand nahm, ihn

Sogar vor Jahresfrist mit der Führung der Gemeindevorstehergeschäfte im Nachbarort Florweg zu betrauen. Zu seinem Verderb mihandelte B. vor kurzem eine Fabrikarbeiterin, was die Einleitung eines Strafverfahrens gegen ihn zur Folge hatte. Die infolge dessen seitens der Untersuchungsbehörde angestellten Nachforschungen nach seinem Vorleben brachten die überraschende Thatsache, daß man es mit einem langgeachteten früheren Justizhändler zu thun habe. Auf sein Geständnis hin wurde die Berliner Staatsanwaltschaft von dem guten Gange in Kenntnis gesetzt, welche nunmehr die erforderlichen Schritte zur Ueberführung des Verbrechens nach hier eingeleitet hat. Vorläufig befindet er sich noch im Gerichtsgefängnis zu Köpenick.

Der Kampf gegen die Rabatt-Sparvereine des Nordens scheint sich vorab wenigstens für die Lieferanten günstig zu gestalten. Nach dem Berichte der Brandenburger Kommission haben durch unterschriftliche Verpflichtung ihren Austritt aus den Rabatt-Sparvereinen des Nordens bis jetzt vollzogen: Grünfrankhändler 1200, Milchhändler 600, Kohlenhändler 400, Schlächter 388, Kolonialwarenhandeler 200 und Bäcker 168. Am einem etwaigen Bankrott unter den Lieferanten zu begegnen, beschloß die Versammlung, daß am Freitag sämtliche Lieferantenbücher und noch vorhandenen Sparmarken den bezüglichen Kommissionen zwecks Rückgabe an die Sparvereine ausgehändigt werden.

In einer Laube erschossen hat sich Donnerstag Nachmittag, der 36 Jahre alte Köpfer Johann Hude, der aus der Provinz vor mehreren Jahren hierher kam und zuletzt am Weidenweg 76 mit seiner Frau und drei Kindern im Alter von 10, 5 und 2 Jahren wohnte. Hude war früher ein ordentlicher Mensch. Erst vor kurzer Zeit gerieth er, anscheinend durch lockere Gesellschaft, auf Abwege und ergab sich dem Trunke. Bis vor vierzehn Tagen war er bei Edert in Friedrichsberg beschäftigt, dann legte er die Arbeit nieder und trant ununterbrochen, während seine Frau durch einen Milchhandel für sich und die Kinder das nöthigste zum Lebensunterhalt erwarb. Am Mittwoch Abend kam der Mann wieder schwer betrunken nach Hause, schlief sich bis Donnerstag Mittag in seiner Wohnung aus und ging dann wieder weg. Nachmittags besuchte er wieder mehrere Kneipen und war schließlich verschwand. Als bald nach 6 Uhr Arbeiter das Laubengelände neben dem Bahnhallen an der Eldenerstraße betreten, hörten sie einen Schuß fallen und fanden in einer Laube Hude liegen, der sich eine Kugel in die linke Schläfe gejagt hatte. Der Selbstmörder verschied nach kurzer Zeit.

Mit zwei Schusswunden im Kopfe wurde am Donnerstag Vormittag im Hundsdorfer die Leiche eines Mannes aufgefunden, dessen Persönlichkeit man noch nicht feststellen konnte. Der Selbstmörder, der etwa 50 Jahre alt gewesen sein mag, hat eine kleine, kräftige Gestalt, starkes dunkelblondes Haar, das an den Schläfen schon etwas ergraut ist, einen kräftigen blonden Schnurrbart, ein kleines aber volles Gesicht, eine ziemlich große Nase und braune Augen. Er trug einen dunkelgrünen Jacketanzug, ein wollenes Hemd mit weichen Umlegekragen und weichen braungeblühten Schlips, graue wollene Strümpfe und Gummiwurstel. Sein Taschentuch ist C. V. gezeichnet.

Auf der „Trepow-Sternwarte“ wird in dieser Woche wieder die Sonne von 2-5 Uhr nachmittags mit dem Reflektorenrohr gezeigt, da sich eine neue interessante Sterngruppe gebildet hat. Auch erscheint der Mond wieder, er ist am Ende der Woche bereits bis 11 Uhr nachts sichtbar. Von den großen Planeten wird der Saturn mit seinem Ringsystem von 6-7 Uhr beobachtet. Am Sonntag spricht Direktor F. S. Archenhold um 5 Uhr nachmittags über „Die Wohnbarkeit der Welten“ und um 7 Uhr abends über „Das große Nordlicht vom 9. September“.

Feuerbericht. Freitag Mittag hatte Gitschinerstr. 63 ein Foh mit Spiritus Feuer gefangen, das aber von der Wehr beseitigt werden konnte, ehe es den reichen Kellerinhalt erfasste. Nachmittags 2 Uhr rief die Wehr ein Stubenbrand nach Vorsigtstr. 81. Ein Zimmer brannte aus und erst ist das Haus beträchtlichen Schaden. Eine Stunde später stand Dunkerstraße 1 ein Bretterbau in Flammen. Gegen Abend erfolgte Alarm nach Bergstraße 66. Hier hatten Holzstaken Feuer gefangen. Kottbusserstr. 15 brannte das Balkenlager unter der Kochmaschine. Aus gleichem Anlaß wurde die Wehr Donnerstag Abend nach Admiralstr. 14 gerufen. Rosenthalerstr. 40 ging ein Weh in Flammen auf. Goyenstr. 4 war ein unbedeutender Kellerbrand zu beseitigen und Georgenkirchstr. 46 ein Zimmerbrand, der Möbel und Gardinen beschädigte.

Aus den Nachbarorten.

Johannisdahl. Niederschneeweide. Die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet heute Abend 8 1/2 Uhr bei Strecker, Niederschneeweide, statt. Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für Groß-Lichterfelde-Pehlendorff hält am Sonntag Nachmittag 2 Uhr im Lokale des Herrn Pagel, Chausseestraße 104, seine General-Versammlung ab. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung: Bericht und Renewahl des Vorstandes etc., ist das Erscheinen jedes Mitgliedes unbedingt erforderlich.

Niedorfer Frauen- und Mädchen-Bildungsverein. Den Mitgliedern und deren Familien zur Nachricht, daß unser Ausflug am Sonntag nach Johannisdahl nicht stattfindet. Wir versammeln uns dafür bei Jubel, Lindenstr. 100, wo der Gesangsverein „Melodia“ ein gemüthliches Beisammensein veranstaltet, an welchem eine recht zahlreiche Theilnahme unsererseits erwünscht ist. Der Vorstand.

Der in Kriegervereinen zur Zeit sehr beliebte Sport, sozialdemokratische Mitglieder, die Jahre lang zum Verein und dessen Unterstützungslasten ihre Beiträge geleistet haben, plötzlich durch den Ausschluß materiell zu schädigen, scheint nunmehr auch auf völlig unpolitische Vereine hinübergegriffen zu wollen. Im Lokal-Anzeiger von Groß-Lichterfelde findet sich ein Bericht über die letzte Sitzung des Vereins der Handwerker und Gewerbetreibenden am Orte. Es wird da u. a. der Ausschluß eines Mitgliedes vom Vorsitzenden bekannt gegeben. Dieser Fall muß nun doch wohl Verwunderung erregt haben, denn es wird über den Verlauf der Verhandlungen gemeldet: Infolge einer nachträglich aufgeworfenen Frage ließ sich der Vorsitzende herbei, Aufschluß über die Person zu geben, welche laut Verbot des Vorstandes in der Mitgliederliste gestrichen wurde. Es ist dies der Schuhmachermeister Sch. in der Dürerstraße, der nachweisbar in einer den Verein gefährdenden Weise für die Wahl eines Sozialdemokraten zum Reichstags-Abgeordneten agitirt hat. Auf weiteren Wunsch des Fragestellers verliest Herr Lehmann endlich den dieserhalb geposteten Briefwechsel und spricht die Ueberzeugung aus, daß sich die Sache wohl noch beilegen ließe, wenn Sch. die Versicherung abgeben wollte, daß er sein übertriebenes Verfahren bereue und sich in Zukunft solcher Agitation enthalten würde. Um das Verhalten des Vorstandes zu begründen verliest Herr Lehmann einen Zeitungsartikel, nach welchem ein Kriegerverein, dessen Vorsitzender nur Umgang mit Sozialdemokraten gehabt, von dem Verein aber trotz der Warnung der Behörden wiedergewählt war, aufgelöst wurde.

Nun scheint der brave Vorsitzende des Gewerbevereins von Stetigkeit in seiner Herzensmeinung zu befechten, daß aber seine Schäflein ebenfalls das Unheil der Auflösung hereinbrechen könne. Hoffentlich macht der Schuhmachermeister Sch., dem zugemuthet wird, er solle die ehrenhafteste Handlung, die ein Staatsbürger begehen kann, bereuen, dem Vorstand einmal ganz gehörig den Standpunkt klar.

Die Bürgermeistereiwahl in Charlottenburg soll von den Gegnern der Kandidatur Schustehrus angefochten werden. Wie es heißt, hatte Herr Schustehrus, weil er seinerzeit unterrichtet worden war, daß seine Kandidatur wegen der Aufstellung des Herrn Westerbürg-Ruffel aussichtslos geworden sei, seinen Rücktritt von der Bewerbung dem Wahlschauspiel angezeigt. An dem-

selben Tage traf dann auch die Abgabe des Herrn Westerbürg ein. Der Rücktritt aber hat gleichwohl Herrn Schustehrus auf die Kandidatenliste gesetzt, ohne dessen Rücktritt von der Kandidatur den Stadtverordneten bekannt zu machen. Diesen Umstand wollen die Anhänger der Matting'schen Kandidatur zum Anlaß nehmen, die Wahl des Herrn Schustehrus anzufechten, da nach ihrer Ansicht die Kenntniß von dem Rücktritt des Herrn Schustehrus in der Entscheidung einer großen Anzahl der Stadtverordneten eine Aenderung hervorgerufen hätte. Die Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten zur Sprache kommen.

Auf zwei jugendliche Ausreißer wird gegenwärtig von der Polizei gefahndet. Es handelt sich um die 14- und 16-jährigen Gymnasiasten Georg Fritz und Hans Schur aus Groß-Lichterfelde, welche vor einigen Tagen die elterlichen Wohnungen heimlich verlassen haben. Der Ältere von den beiden Flüchtlingen ist groß und schlank; er ist bekleidet mit grauer Hose, grün lartirtem Radfahrer-Jacket und Strohhut. Der Jüngere, etwas kleiner, hatte braunen Anzug an, kurze Hosen, dunkelblaue Hülse und Sporthemd. Es wird vermutet, daß die jugendlichen Ausreißer, die nur mit geringen Mitteln versehen sind, versuchen werden, einen der großen Häfen zu erreichen. Die bestimmten Eltern bitten, über etwaigen Aufenthalt ihrer Söhne der nächsten Polizeibehörde sofortige Mittheilung zu machen.

Soziale Rechtspflege.

Von der Firma Jandorf u. Co. forderte der Hausdiener und Portier J. 11,50 M. für Ueberstunden und eine Sonntagswache, indem er sie beim Gewerbegericht verklagte. Der Kläger behauptete, er habe Tag und Nacht gearbeitet, ohne daß er entsprechend bezahlt worden sei. Eine geregelte Ueberstundenbezahlung sei den Hausdienern der Firma immerfort versprochen worden, das Versprechen habe man indessen nicht gehalten. Der Vertreter der Firma wandte in der Verhandlung vor der Kammer VII des Gewerbegerichts ein, beim Engagement des Klägers wie bei dem der anderen Hausdiener etc. sei eine Ueberstundenbezahlung ausdrücklich ausgeschlossen worden. Im übrigen habe man Mehrarbeit bezahlt, aber aus gutem Willen und nach Uebelleben, nicht nach bestimmten Sätzen. Gestimmt solle aber vom 1. Oktober ab eine Regelung der Bezahlung eintreten, und zwar würde jede Ueberstunde mit 40 Pf. bezahlt werden. Der ebenfalls anwesende Inspektor Wachsen vertrat einen sonderbaren, wenn auch nicht mehr neuen Standpunkt. Er führte betreffs der Sonntagswachen aus: In der ersten Zeit nach Eröffnung des Geschäfts sei es den Hausdienern, die die Wache übernehmen wollten, freigestellt worden, sich zu melden. Sie hätten dafür eine Vergütung erhalten, weil damals die Lohnverhältnisse thatsächlich keine guten gewesen seien. Später habe man aber angordnet, daß jeder einmal die Sonntagswache zu übernehmen habe und daß es dafür keine besondere Bezahlung gebe. Es läme jeder im Jahre nur viermal dazu, und soviel Interesse für das Geschäft müsse der Angestellte haben, daß er alle Vierteljahre mal einen Sonntag unentgeltlich opfere. Auf Anrufen des Vorsitzenden Dr. Meier billigte der Vertreter der Beklagten dem Kläger für die Sonntagswache 3,50 M. zu, auf welchen Betrag sich schließlich die Parteien verglichen. Gewerbeichter Meier giebt den Herren noch mit auf den Weg, die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen für die Zukunft klar und übersichtlich zu gestalten.

Den Entwand der Inzunähigkeit des Gewerbegerichts erhob der Warmwasser-Fabrikant Köffel gegen eine Klage des Bureauinnehmers E. Der Beklagte hatte vor einer ganzen Reihe von Jahren einen Waa erlassen, worin er sich verpflichtet, für diejenigen seiner Arbeiter und Arbeiterinnen, die einen geringeren Verdienst haben, Sparföhenbücher zu beschaffen und darauf näher bestimmte Einzahlungen zu machen. Er behielt es sich vor, dieselbe „Vergünstigung“ auch seinen anderen Arbeitern zu gewähren, und stellte einige Bedingungen fest, bei deren Nichterfüllung ihm das eingezahlte Geld verbleiben sollte. So beanspruchte er gute Führung und Aufmerksamkeit bei der Arbeit und bedrohte Fäbrlässigkeit und Vetheiligung an Streiks mit der Kastration der eingezahlten Beträge. Für den Kläger waren anfänglich auch Einzahlungen gemacht worden, die Firma hatte sie aber bald wieder eingestellt. Als E. in diesem Jahre die Stellung aufgab, verlangte er nun nicht nur die eingezahlten 89 M., sondern insgesamt über 400 M., indem er geltend machte, der Beklagte wäre verpflichtet gewesen, die einmal begonnenen Einzahlungen fortzusetzen. Die Kammer III des Gewerbegerichts wies seine Klage wegen Inzunähigkeit ab und führte begründend aus: Wenn man in Betracht zieht, daß eine ganz einseitige Willenserklärung vorliege, dann bleibe kein Zweifel, daß es sich hier nicht um einen Entgelt für geleistete Arbeit, sondern um eine Schenkung für gute Führung und dergleichen handele. Die Eigenschaft der Schenkung ergebe sich schon daraus, daß sich der Beklagte den jeberzeitigen Rücktritt vorbehalten habe. Es sei also eine belohnende Schenkung neben dem Arbeitslohn. Streitigkeiten zwischen Gewerbegehilfen und Gewerbe-Unternehmern gehörten aber nur soweit vor das Gewerbegericht, als sie auf einem Arbeitsverhältnis beruhten. Das sei hier nicht der Fall, da die belohnende Schenkung nicht dem Arbeitslohn zuzurechnen sei.

Die in dem Urtheil gemachte Unterscheidung ist doch etwas zu künstlich. Es ist nicht recht einzusehen, weshalb eine Forderung nicht auf einem Arbeitsverhältnis beruhen soll, die ohne dieses Arbeitsverhältnis ganz unbedenklich wäre.

Vom Harze wird uns geschrieben: „Was geben Sie dem gewöhnlich für die Finger?“ fragte der Vorsitzende des Schiedsgerichts des Bektretes der Steinbrucher-Verufsgenossenschaft. Wir geben für den Daumen so viel, für Zeige- und Mittelfinger so viel und für den vierten Finger — garnichts“ erwiderte der Vertreter. Da dachte ich an den frommen Spruch: „Wie groß ist des Allmächtigen Güte, daß er 10 Finger wachsen ließ“, — und so ein Steinbrucher braucht bloß 8 Finger. Dagegen erhielt ein Schloßergeselle nach der Entscheldung des Reichs-Verufungsamtes vom 6. Juni 1887 für den Verlust des vierten Fingers 15 Pct. Rente. Ebenso viel erhielt eine Fabrikarbeiterin am 16. Juni 1888.

In der Sitzung des Schiedsgerichts vom 9. September 1898 in Hannover wurde in einem andern Falle eine Rente von 80 Pct. auf 70 Pct. herabgesetzt obwohl die Erwerbsfähigkeit des Arbeiters gesunken war. Zu dem Unfall — einem Schenkelbruch — war nämlich eine Erkrankung der Wirbelsäule hinzugekommen, wodurch auch die Sexualorgane des Arbeiter Schaden erlitten. In seiner Berufungsschrift hatte derselbe nun daraus hingewiesen, daß er seine ehelichen Pflichten nicht mehr erfüllen könnte. „It ja recht traurig, aber die Erfüllung der ehelichen Pflichten ist — ein Vergnügen, dafür zahlt die Genossenschaft nichts.“ Der Arbeiter wurde abgewiesen, 70 Pct. ist genug. Und was braucht so ein Steinbrucher denn auch Vergnügen?

In einem dritten Falle hatte man einen Maurer im Keller todt aufgefunden. Er sollte Jagen bestreichen und ist dabei wahrscheinlich von Gerüst gefallen. Nach Angabe der Genossenschaft hat sich die hinterbliebene Frau der Ausgrabung der Leiche ihres Mannes widersetzt, welche Angabe von ihrem Sohne bestritten wurde. Sie wurde mit ihrem Anspruch abgewiesen, obwohl das Reichs-Verufungsamt schon mehrfach ausgesprochen hat: Wenn nur die Möglichkeit vorhanden ist, daß ein Betriebsunfall vorliegt, so muß Rente gezahlt werden.

Mit echt preiswürdiger Geschwindigkeit wurden in kurzer Zeit 10 Sachen verhandelt. In allen blieb die Genossenschaft Siegerin. — Und die Moral? In den Besistern der Schiedsgerichte muß man Klassenbewußte Arbeiter wählen, die den Arbeiterstand wirklich vertreten.

Gott verlaß uns mit zwei Händen, Daß wir doppelt Gutes spenden, Nicht um doppelt zuzugreifen Und die Beute aufzuhäufen.“

Die März-Illumination in Adlershof läßt unsere Staats-reiter immer noch nicht ruhig schlafen. Bekanntlich hat das Schöffengericht in Köpenick seinerzeit weit über hundert Einwohner von Adlershof, welche ihrer Freude über die Errungenschaften des 18. März durch Erleuchtung ihrer Fenster Ausdruck gaben, wegen groben Unfugs verurtheilt. Jetzt galt es, den Genossen Tempel zur Rechenschaft zu ziehen, weil er durch öffentliche Verbreitung des Flugblattes, welches zur Illumination auf-forderte, groben Unfug verübt und gegen das Verbotgesetz verstoßen haben soll. Anfangs wollte man aus dem Inhalt des Flugblattes eine Anklage wegen Aufreizung zum Klassen-haß herausdestilliren. Die Amtsanwaltschaft scheint aber, trotz eifrigen Suchens, keine Anhaltspunkte für diese Straftat gefunden zu haben. Der in klassischem Deutsch abgefaßte Anklagebeschuß lautet:

„Auf Antrag der königlichen Amtsanwaltschaft wird gegen den Materialwaarenhändler Gustav Tempel, . . . welcher hinreichend verdächtig erscheint, am 18. März 1898 in Adlershof Drud-schriften, nämlich Flugblätter, welche zur Vetheiligung an einer sozialdemokratischen Kundgebung über die Bedeutung des 18. März auffordern, auf öffentlichen Straßen vertheilt haben zu lassen, durch welche eine Beunruhigung des Publikums hervorgerufen wurde, ohne die hierzu erforderliche Erlaubniß der Orts-behörde nachgesucht, dadurch aber groben Unfug verübt zu haben, Uebertretung gegen § 380, 11 St.-G.-B. und § 10 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851, das Hauptverfahren eröffnet.“ — Wenn auch der Stil des Anklagebeschlusses recht lausig ist, so geht doch aus ihm hervor, daß sich die Anklage nicht auf den Inhalt, sondern nur auf die Art der Verbreitung der Flugblätter erstreckt. Trotzdem richtete der aus dem Illuminationsprozeß bekannte Amtsrichter Vornhagen an alle Zeugen die Frage, ob sie an dem Inhalt der Flugblätter Anstoß genommen hätten. Nur ein Zeuge, ein früher wegen Diebstahls aus einer Fabrik entlassener Mann, bejahte diese Frage. Der Angeklagte Tempel fragte den Zeugen, ob er nicht zu anderen Zeugen gesagt habe, wenn sie nicht wüßten, wie sie auszusagen sollten, dann werde er sie informieren. Der Zeuge bestritt aber, derartige Aeußerungen geübt zu haben. Die übrigen Zeugen hatten an dem Inhalt des Flugblattes kein Aergerniß genommen, auch be-handelten sämtliche Zeugen einschließlich des geärgerten übereinstimmend, daß ihnen das Flugblatt in ihren Wohnungen zugestellt worden sei. Trotzdem also die Beweisaufnahme ein völlig negatives Resultat ergeben hatte, beantragte der Amtsanwalt die höchste zulässige Geldstrafe, 150 M., indem er zur Begründung sagte, es habe sich herausgestellt, daß das Flugblatt nicht nur in den Wohnungen, sondern auch vor den Thüren vertheilt worden sei, auch hätten alle Zeugen, mit einer Ausnahme, Aergerniß an dem Flugblatt genommen. Das Gericht fällte nach längerer Verathung ein freisprechendes Urtheil.

Eine Anklage wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung führte gestern die beiden Inhaber der bekannten Firma J. D. Riedel, Droguen-Großhandlung und Fabrik chemischer und pharmaceutischer Präparate vor das hiesige Schöffengericht. Die Firma liefert seit langen Zeiten für die Apotheken die pharmo-centischen Bedarfsartikel. Die Angeklagten wurden beschuldigt, den Handel mit Siften ohne Konzession betrieben zu haben. Sie wiesen darauf hin, daß ihre Firma im Jahre 1814 begründet sei, die Fabrik sich vom Vater auf den Sohn und Enkel vererbt habe und nun schon über acht Decennien ungestört betrieben werde. Die Anklage habe daher um so mehr Verwunderung hervorzurufen müssen, als bei Begründung der Fabrik die erforderliche obrigkeitliche Genehmigung erteilt und letztere wiederholt worden sei, als die Fabrik in den sechziger Jahren nach der Gerichtsfrage verlegt wurde. Der Beauftragte der Polizei, der die Fabrik zu revidiren hatte, meinte, daß die Erlaubniß zur Fabrication gar nicht in Frage stehe, es handle sich vielmehr darum, daß die nach § 34 der Gewerbe-Ordnung erforderliche besondere Genehmigung zum Handel mit Siften nicht vorhanden sei. Rechtsanwalt Sonnensfeld erwiderte, daß jemand, dem die Genehmigung zur Fabrication erteilt werde, selbstverständlich nicht die Absicht habe, sich ein Ansehn aus seinen Fabricaten herzustellen, sondern damit Handel zu treiben. Abgesehen hiervon, müsse aber auch dem Grunde Freisprechung erfolgen, weil nach Erkenntniß des Kammergerichts für den Großhandel mit Siften eine besondere Konzession nicht erforderlich sei. Das Gericht sah diese Gründe für durchschlagend an und erkannte auf Freisprechung der Angeklagten.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung wurden am Mittwoch von dem Spandauer Schöffengericht die Zimmerer Gerike und Reumann zu drei Monaten bzw. sechs Wochen Gefängniß verurtheilt. Während der letzten Bauperiode bei den Annuermestern Sombach und Bähge sollen die beiden einige Streifenbrecher durch Drohungen zur Arbeitsniederlegung bewegen haben. Während dieser Verhandlung waren im Zuschauerraum fast die gesamten Bauunternehmer anwesend.

Der Vater als Vormund. Wie trauere Verhältnisse manchmal das Leben schafft, zeigt folgender Fall, der vor kurzem die Gerichte beschäftigt hat. Ein Angeklagter war zum Vormund über ein auher-ehelich geborenes Kind bestellt worden. Die Anbesamter hatte an-gegeben, daß ihr Name und Aufenthaltsort des Vaters ihres Kindes unbekannt seien und der Vormund hatte vor dem Vormundschaftsgericht hingugesagt, er wisse nicht, ob dies richtig sei, es fehle jeder Anhaltspunkt für die Person des Kindesvaters. Später stellte es sich heraus, daß — er selbst der Vater war. Es folgte eine Anklage wegen Untreue, die darauf basirte, daß der Vormund durch sein Verhalten sein Vermögen vermögensrechtlich geschädigt habe, weil dem Mündel wenigstens vorübergehend die Vermögensrechte eines auher-ehelichen Kindes gegen seinen Vater entzogen waren. Das Landgericht hatte den Angeklagten freigesprochen, weil derselbe verheiratet war, sich selbst also durch Angabe der Wahrheit des Geburths hätte bezeugen müssen. Das Reichsgericht hat diesen Grund nicht für stichhaltig erklärt, sondern das Urtheil aufgehoben. Die Pflicht der Oborgo des Vormundes für die Person und das Vermögen des Mündels dürfe bei Kollision mit dem Privatinteresse des Vormundes diesem nicht weichen, sondern gebe ihm vor. Kömme der Vormund die ihm obliegende Pflicht nicht ohne eigenen Rathschel erfüllen, den er nicht tragen will, so muß er die Vormundschaft niederlegen, falls es ihm nicht noch leichter gewesen wäre, seiner Auffstellung als Vormund von vornherein auszuweichen.

Ein Extrablatt-Schwindel sollte gestern vor der vierten Straf-kammer des Landgerichts I, zur Verhandlung gelangen. Am 28. Mai d. J. ließen die Arbeiter Lindner und Paul die Zwalbenstraße entlang, indem sie ununterbrochen brüllten: „Sieg der Spanier und Niederlage der Amerikaner!“ Zu denen, die nicht alle werden, ge-hörten auch mehrere Herren, welche hinten auf einem Omnibus standen. Sie kauften die Extrablätter während der Fahrt. Beim Lesen wurde ihnen bald klar, daß sie eines jener Nachwerke vor sich hatten, welche zu betrügerischen Zwecken angefertigt werden. Es war eine Zusammenstellung von alten Zeitungsnovizen aus den letzten acht Tagen. Die Ereignisse vor Manila waren nach rechts und umgekehrt verlegt. Die Käufer waren empört. Als Verleger des „Extrablattes“ war jemand gezeichnet, der im Verbruch nicht zu finden war. Es gelang, die Händler in den Per-sonen der beiden Angeklagten zu ermitteln. Sie erhielten eine An-klage wegen Betrugs. Leider mußte die Verhandlung vertagt werden, da mehrere Zeugen am Erscheinen verhindert waren.

Hamburg, 16. September. In der Angelegenheit Bruns gegen die „Hamburger Nachrichten“ hob das Landgericht des früheren Urtheil auf und verurtheilte heute die „Hamburger Nachrichten“ wegen Nichtaufnahme der Verichtigung zu einer Geldstrafe von 50 M., zur Veröffentlichung in der nächsten Nummer der „Hamburger Nachrichten“, nachdem das Urtheil rechtskräftig geworden ist, sowie zur Tragung der Gesammkosten.

Verichtigung. Genosse Stieh sendet uns folgende Mittheilung zu dem Verammlungsbericht in Nr. 216 des „Vorwärts“:
Der Bericht über die Parteiverammlung im VI. Wahlkreise giebt meine Ausführungen völlig fälschlich wieder. Ich habe keineswegs in solcher Allgemeinheit, wie es nach dem Bericht scheint und wodurch meine Ausführungen in falschem Lichte erscheinen, Kritik an dem Verhalten der Reichstagsfraktion und der Redaktion des „Vorwärts“ geübt. Ich habe nur im Hinweis auf die Abweichung, die seiner Zeit die Lebedour'sche Entgegnung auf die Heineke'sche Rede erfahren hat, scharfe Kritik an dem Verhalten der Redaktion geübt und dies als Mundtodmachung bezeichnet. Die Reichstagsfraktion erwähnte ich nur insoweit, als ich sagte, dieselbe wäre zur Erledigung der mit der Rede des Genossen Heine zusammenhängenden Fragen nicht kompetent gewesen.

Berliner Arbeitervereine: Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Bude, Grenadierstr. 33, abends 8 1/2 Uhr. Unentgeltlicher Rath wird erteilt.
Im Norden Berlin: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abends von 7-9 Uhr: A. Dachs, Demminstr. 36, v. 3 Tr. R. Gutheil, Wiesenstr. 29a, von 8-9 Uhr abends. F. Biesch, Gartenstr. 55, v. 2 Tr. E. Sumanowski, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. M. Studmann, Oberbergerstr. 37, 4 Tr., von 8-9 Uhr abends. R. Tamm, Hülshausstr. 6, von 8-9 Uhr abends. A. Voigt, Wiesenstr. 41/42, E. Warup, Kolbergerstr. 7, von 6-7 Uhr abends. V. Reimann, Bismarckstr. 83, F. Krause, Gartenstr. 13, 2. Gang. Part. - Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Streifgasse 58, F. Trapp, Schillerstr. 59, von 7 bis 8 Uhr abends. W. Koch, Schweinmünderstr. 64, von 8-9 Uhr abends.
Im Osten: Nur für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: E. Vaber, Ge. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr. - Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: H. Schag, Holzmarktstr. 60 I.
Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schallhoff, Reichsstr. 18. - Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: W. Kühne, Wiesenstr. 1.
Im Süd-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Stagematzer, Grünstr. 59. - Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: V. Keller, Niddorf, Pannierstr. 58, Hof part. E. Guse, Gampenhäuserstr. 4.
Im Süd-Westen: Nur für Unfallversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 44.
Im Nord-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: M. Stephan, Curbasenerstr. 2. - Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: R. Rehbein, Hohenstr. 43.
Im Nord-Osten: Nur für Unfallversicherung: G. Döfler, Wobegstr. 15, von part. (abends 8 Uhr). G. Sänther, Greifswalderstr. 8, II. Etage.
Im Zentrum: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Sattler, Al. Hamburgerstr. 2.
Bei sämtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7-9 Uhr.

Berliner Lebenswärtigkeiten. Aquarium, Unt. d. Linden 68a, Täglich 9-7. Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf. - Ausstellung des Vereins Berliner Künstler, Wilhelmstr. 92/93 (im „Architektenbau“), Täglich 10-4, Sonntags 11-2. Eintrittspreis 50 Pf. - Ausstellung moderner Kunstwerke von Eduard Schiffe, Kunst-

handlung, Unter den Linden 1, Ecke Pariser Platz, Täglich 10-7, Sonntags 10-3. - Bibliothek, Königl. Am. Opernplaz, Besichtigung Montag und Freitag 1-2. - Botanischer Garten, Potsdamerstr. 76, Täglich v. 8-7 und jeden zweiten Sonntag im Monat v. 2-7. Unentgeltlich. - Botanisches Museum, Grunewaldstr. 6-7, Montag und Donnerstag 3-6. - Zentral-Viehhof, Eibenauerstr. (Mittwoch Vormittag Hauptverkehr). Besichtigung des Viehholzes frei, der Schlachthöfe gegen Karten, die man im Verwaltungsbureau erhält. - Hygiene-Museum, Klosterstr. 32/35, Sonntag 12-6, Dienstag u. Freitag 10-2. - Institut f. Glaswaerze, Königl. Charlottenburg, Berlinerstr. 9, Wochentags 9-11 u. 1-4. - Kunstgewerbe-Museum, Prinz-Albrechtsstr. Täglich, außer Montag und die ersten Feiertage sowie Churfürstl. Dinnmehlfahrt und Bußtag, 9-3, Sonntag 12-6. - Märkisches Provinzial-Museum, Breitestr. 20a, Sonntag von 11-1/2, Montag und Donnerstag 11-3. - Museum (alt und neu), Am Lustgarten, Befehlsordnung Hebe-Kunstgewerbe-Museum. - Museum der Landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 44, Werkstätten, außer Sonnabend, 12-2, Sonntag 12-6. - Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43, Montag und Sonnabend 11-3, Sonntag 12-6. - Museum für Vögelkunde, Köpenickerstr. 120, Befehlsordnung f. Kunstgewerbe-Museum. - Museum Deutscher Volkstrachten, Klosterstr. 36, Tägl. außer Mittwoch 11-2, Eintritt 50 Pf. - National-Gallerie, Museumsstr. Sonntag 12-6, Dienstag 5, Sonnabend 10-3. - Panoptikum (Garten, Friedrichs- und Schopenhauer-Gate), Tägl. 9-10. - Passage-Panoptikum, Unter den Linden 22. - Panoramata. I. Herwarthstr. 4, 2. Bahnhof Alexanderplatz, 3. An der Mollatstraße, 4. Wobegstr. Tägl. 9-8. - Porzellan-Manufaktur, Königl. Zeughaus (Tiergarten), Dienstag bis Freitag 9-12 Uhr. - Rathhaus, Tägl. außer Donnerstag und Freitag 11-3. (Thurm tägl. 10-3). - Rauch-Museum, Klosterstr. 76, außer Sonntags 10-4. - Reichs-Panoptikum, Wobegstr. 16, Tägl. 11-2, außer Mittwoch und Sonnabend, Sonntag 12-2. - Reichstag, Besichtigung Wochentags 8 1/2 bis 9 1/2, Sonntags 2-4, 50 Pf. - Ruhmeshalle (Bughaus), Tägl. außer Sonnab. 10-2, Sonnab. 12-3. - Schulmuseum, Stallchreiberstr. 54, Sonntags 11-1, Mittwochs 3-4, Sonnabends 3-6. - Technische Hochschule, Königl. Charlottenburg, Berlinerstr. 151, Wochentags 10-12, Mittwoch 12-3. - Architekturmuseum Montag und Freitag 10-3, Dienstag und Donnerstag 12-3, Mittwoch 10-12. - Urania, Tautenstraße und Invalidenstr. - Zoologischer Garten.

Briefkasten der Redaktion.
Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt.
Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.
V. G. Sprechen Sie am Dienstag oder Mittwoch zwischen 5-8 Uhr einmal vor.
F. H. Wenn keine Feigen zur Stelle waren, können wir Ihre Zuschrift nicht bringen. Verleihen Sie es mit einer Beschwerde an die vorgerichtliche Behörde des Gen darmen.
H. P. Wie andere anonyme Mittheilungen, so müssen auch Ihre „tollen Geschichten“ in den Papierkorb wandern.
Zuschreibung in der Wirtsch. Zeitschrift. In der deutschen Armee giebt es keine jüdischen Offiziere, jüdische Richter giebt es in Preußen, von einem jüdischen Staatsanwalt in Baden, aber nicht in Preußen, haben wir schon gehört.

H. G., Frankfurter Chauffee. Nicht sich genau nach Tagen nicht bestimmen. Es ist allgemein bekannt, daß es 5, 7, 9 und 10 Monate dauert.
Ganeio, Andreasstraße. Wenden Sie sich an die Expedition des „Gewerbvereins“, Andreasstr. 75.
H. A. Darüber können wir Ihnen keine Auskunft geben.
W. R., Schöneberg. Die direkten Gemeindefiskalisten sind in Preußen in der Regel in Prozenten der vom Staate veranlagten Steuern zu erheben. Durch Gemeindefiskalisten können die Einkommen bis 900 Mark steuerfrei gelassen werden; dieser Befreiung bedarf der Genehmigung. Falls solcher Befreiung nicht geschieht, sollen die Einkommen von nicht mehr als 430 M. mit 2, 1/2 pCt. des Einkommens, höchstens mit 1,20 M., die von 430-600 mit 2,40 M., die von 600-900 mit 4 M. besteuert werden. Die Gemeinden können die direkten Steuern auch in anderer Weise als in der Form von Zuschlägen zur Staatssteuer durch eine besondere Steuerordnung erheben. Solche Steuerordnungen bedürfen der Genehmigung. 2. Ja; der erste ärztliche Besuch ist nach der Lage mit 2-20, die folgenden mit je 1-20 M. zu honoriren. - 10. Mit Klage und dergleichen würden Sie kaum Erfolg haben. Es ist besser, die Sache ruhen zu lassen. - G. G. 1. Sie können mit Rücksicht auf Erfolg auf Schadenersatz klagen. 2. Ja. - H. R. 1. Nein. 2. Nein. - Soothal 2. 1. Nein. 2. Wenden Sie sich direkt an den Verein. - G. G. Eine weibliche Person kann Juridikerhaltung der Hälfte der für sie gesetzlich bestimmten beanspruchen, wenn sie mindestens 235 vor der Heiratung getraute Marken aufzuweisen hat und den Antrag auf Wiedererhaltung innerhalb 3 Monaten nach Heiratung stellt. - V. G. 67. Auf Verlangen des Kindes; ja. Die Auseinandersetzung wird nur, wenn Kindesverlangen in Betracht kommen, von Amtswegen gefordert und als Befreiung vor Heiratung betrachtet. - Chr. Sch., Charlottenburg, Ja. **W. R. 1.** Der Junge erhält als Entschädigung für die erforderliche Gelehrsamkeit 10 Pfennig bis 1 Mark für jede angefallene Stunde, aber nicht für mehr als 10 Stunden täglich. Liquidiren Sie Ihren Anspruch und machen Sie ihn, falls er an der Kasse nicht erfüllt werden sollte, nachträglich bei dem Gericht schriftlich geltend. - V. R. 100. Sie können es auf eine Klage ankommen lassen. - C. W. 50. Sehr unwahrscheinlich.

Briefkasten der Expedition.
Kluge, Reinfeldorf. Nach und zugegangenen Mittheilungen soll dem Expeditoren Kauf ein Unfall zugefallen sein. Wir erheben unsere Abonnenten, welche die Zeitung durch Kauf bezogen haben, ihre Adressen bei uns einzuliefern, damit wir die weitere Beförderung der Zeitung veranlassen können.

Witterungsübersicht vom 16. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 0° C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 0° C.
Eintriede	772	SW	2	Wolkig	14	Daparanda	763	R	2	Wolkig	6
Hamburg	774	SW	2	Wolkig	14	Heidelberg	769	R	2	Wolkig	16
Berlin	773	SW	2	Wolkig	14	Kort	768	SW	2	Wolkig	16
Wiesbaden	773	SW	2	Wolkig	14	Koblenz	769	SW	2	Wolkig	16
München	774	SW	2	Wolkig	14	Paris	769	SW	2	Wolkig	16
Wien	773	SW	2	Wolkig	14						

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 17. September 1898.
Troden und vorwiegend heiter, am Tage etwas wärmer bei östlichen Winden.

Achtung, Maurer!
Montag, den 19. September, abends 8 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstraße Nr. 112:
Grosse öffentliche Maurer-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Stadthagen über: „Schutz den Arbeitswilligen.“
Alle Kollegen, welche ein Interesse an der Erhaltung und Verbesserung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter haben, sind hierzu eingeladen.
Der Einberufer: Karl Panser, Gohdenfriedbergstr. 22.

Berein der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen
Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 18. d. Mtz., nachmittags 5 Uhr:
Versammlung
in Cohn's Festhallen, Reichenstraße 19/20.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Berein der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäfft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin.)
Die für Montag, den 19. September er. festgesetzte **Mitglieder-Versammlung** kann wegen der an diesem Tage stattfindenden **allgemeinen Gewerkschaftsversammlungen** nicht stattfinden.
Der Bevollmächtigte.
Sonnabend, den 24. September, bleiben **sämtliche Zahlstellen geschlossen.**

Sonnabend, den 24. September:
Gr. humoristische Soirée
der **Hippel'schen Stettiner Sänger**
im großen Saale des **Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 11|13.**
Anfang präz. 8 1/2 Uhr. - Billet 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Grosser Ball.**
Personen, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Billets sind heute in sämtlichen Zahlstellen sowie im Bureau, Kamenstr. 50, zu haben.
Das Komitee.

Grünau! Grünau!
Männer-Gesangverein „Sanges-Chor“
Schönleinstr. 6 bei Ewald.
feiert am Sonntag, den 18. September 1898, im Lokale des Herrn G. Lindenhayn, Grünau, sein
I. Stiftungs-Fest.
Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz.
Sonntag, den 18. September, nachmittags 4 Uhr, aus Anlaß des **III. Stiftungs-Festes**
Schau-Turnen
der Männer, Lehrlinge und Frauen-Abtheilung in Peter's Festhallen, Rixdorf, Anrichstr. 113.
Besondere Einladungen ergehen nicht. - Eintritt frei.

C. Joël's Victoria-Garten
Köpnicker Landstrasse am Treptower Park. 60229
Empfehle meinen großen Saal den geehrten Vereinen auch zu Winterschlichkeiten.
Telephon-Nr. IV 2724. **C. Joël, früher Andrastr. 21.**

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker
Berlins und Umgegend.
Dienstag, den 20. September, im Lokale des Herrn Stechert, Andrastr. Nr. 21:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl des Vorgesetzten und Bibliothekars. 3. Vortrag über gewerkschaftliche Organisation. 4. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.
Mitgliedskarte und Buch legitimirt.
Um zahlreiches Erscheinen bitten
Der Vorstand.

Berein der Bergolder!
Wegen der am Montag stattfindenden öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung fällt am Montag die Mitgliederversammlung aus und findet die nächste am Montag, den 26. d. Mtz., statt, wofür die Ratineebillets ausgeben werden.
Der Vorstand.

Berein der Möbelpolirer.
Kollegen, da die Gewerkschaftskommission zu den Protestversammlungen am Montag für den Osten nur ein Lokal genommen hat, welches sich wohl viel zu klein erweisen wird, halten wir unsere regelmäßige **Versammlung** am Montag, den 19. September 1898, abends 8 1/2 Uhr, **Andrastr. 20, ab.**
Tages-Ordnung: 1. Die Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch hohe Justizbehörden. 2. Wie haben sich die Kollegen zu verhalten in den Werksstätten, wo die Richter sich im Streik befinden? 3. Auf unserem untergeordneten Arbeitsnachweis, welcher sich bei den Herren Geite, Schweinländerstr. 23, Mohr, Drammstr. 197, Scheere, Blumenstr. 38, befindet, sind mehrere Adressen vorhanden, welche nicht besetzt werden konnten, unter anderem auch nach außerhalb (Mittelsberge und Baden). Näheres bei Scheere. Dagegen werden neue Mitglieder aufgenommen.
Heute Abend in sämtlichen Zahlstellen Ausgabe von Billets (Herrn 60 Pf., Damen 30 Pf. inkl. Tang) zu dem am Sonnabend, den 8. Oktober, in Koller's Festhallen, Köpenickerstr. 29, stattfindenden **Stiftungsfest.**
Prolog, gesprochen von Fr. Richter, Verfasser Herr Schriftsteller Knack-Köpenick. Festrede, gehalten vom Kollegen G. Reuter. Auftreten der Gesellschaft Stralowitz. Während der Vorstellung im kleinen Saale, nach der Vorstellung in beiden Sälen Ball.
Um zahlreiches Erscheinen eruchen
Das Komitee. Der Vorstand.

Charlottenburg.
Sonntag, den 18. September, von nachmittags 4 Uhr ab, findet im Lokal **Wismarschhöhe** das **3. Stiftungsfest** des **Vereins deutscher Schuhmacher (Filiale Charlottenburg)** statt durch Konzerte, humoristische Vorträge, Ball u. Festrede (letzte gehalten vom Rechtsanwält und Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Heine). Die Veranstaltung beabsichtigen, den Besuchern eine angenehme Abendunterhaltung zu bieten und erwarren daher regen Besuch.
Programme kosten 25 Pf. Herren, welche am Tage teilnehmen, zahlen 60 Pf. nach.
Empfehle mein **Reiz- u. Bairischbier-Lokal**, Saal für Versammlungen, Zimmer u. Piano f. Gesangsvereine, Sungen und Jubiläen.
Sonntag, den 18. September, nachmittags 4 Uhr:
Großes Gesangsfest des Gesangsvereins „Melodia“
Entree frei (Rixdorf) Entree frei. Son 6 Uhr abends ab: **TANZ** a Berlin 10 Pf.
Es ladet freundlich ein **Fritz Zubell, Lindenstr. 106.**

Arbeitsmarkt.
Schriftmaler bei hohem Verdienst gesucht. Klein, Köpenickerstr. 96a.

Zwei Arbeitersekretärstellen
für Frankfurt a. M. mit je **2000 M. Gehalt** bis 1. Januar 1899 zu besetzen. Erste hauptsächlich für Kunstvertheilung - zweite für die Leitung des Gewerkschaftskartells und gewerkschaftliche Agitation.
Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf bis längstens **1. Okt.** an **Hans Elbert, Bildhauer, Gausauerlandstr. 70.** 60052*

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innigst geliebte Frau, unsere Mutter, Tochter, Schwester und Schwägermutter **A. Meyer geb. Gütling** am Mittwoch Abend unter großen Schmerzen verschied ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 5 Uhr, auf dem Weißmanns Kirchhof statt.
A. Meyer, Möbelpolirer, Stargarderstr. 12a.

Berein deutscher Schuhmacher.
Berlin III.
Todes-Nachricht.
Nach langem, schweren Leiden verschied am 13. d. Mtz. die Frau unseres Mitgliedes **Gand Christensen, Amanda Christensen,** im 39. Lebensjahre und findet die Beerdigung am Sonntag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle der St. Margarethen-Gemeinde, Barndstraße (a. d. Wälderstraße), aus statt.
Um zahlreiche Beilegung bitten
Der Vorstand.

Die Arbeiter der Pianoforte-Fabrik von **Wagner & Comp.** werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Beerdigung des Herrn Pianoforte-Fabrikanten **H. Ploock** am Sonntag, den 18. d. Mtz., nachmittags 3 Uhr, auf dem alten Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, stattfindet. Die Arbeiter versammeln sich um 2 1/2 Uhr vor dem Kirchhof und Vorhängertragen Gese.

Dankjagung.
Für die überaus reichen Blumenpenden und Beileidsbesprechungen, sowie für die rege Theilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Frau und guten Mutter
Johanna Zeige
geb. Mager
sagen wir Allen unsern innigsten Dank.
Berlin, den 16. Sept. 1898.
Wilhelm Zeige und Sohn.

Dankjagung.
Allen Freunden, Bekannten und Kollegen, insbesondere der Firma **Remmert** und Kollegen dankt für die rege Theilnahme bei der Beerdigung von **Heinr. Lange** sagt herzlichsten Dank
Schwägerin **G. Lange.**

Allen Freunden und Bekannten zur Mittheilung, daß ich das **Apollo-Theater** (Victoria-Säle) Herrmannstraße 48-50 übernommen habe. Ich stelle die Räume zu Vorstellungen und Vorstellungen zur gefälligen Benutzung für jedermann zur Verfügung.
Jeden Sonntag von 5 Uhr ab: **Spezialitäten - Vorstellung und Tanz.**
Ph. Thomas, früher Bergstr. 102, Rixdorf.
Sonnabend, den 17. und Sonntag, den 18. d. Mtz. bleibt mein **Manufaktur- und Modewaren-Geschäft** geschlossen.
Eugen Lewald, Berlin O., Friedrichsberg, Frankfurter Allee 159.

Herrnsprecher: Amt IV. 447.

Einsegnungs-Anzüge

in glatten Kammergarn, Satin, Diagonals und Tuch.
Stoffen, 1. und Zweifig

M. Schulmeister, Schneider, Dresdenerstr. 4 am Kottb. Th.
meister, Hauptstr. 143, Schöneberg.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

Unsinn ist Viel Geld

für Güte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.

Knabenhüte v. 0,75 Mark
Herrnhüte 1,25
Cylinderhüte 4,-
Einsegnungshüte 1,-
Pilschhüte 6,-
Chapeaux claque zu 8,-
9,- u. 10,- Mark

im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert**
Eut-Engros-Geschäft
Waldemarstr. 44, pt.
Kein Laden.

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4.

Wegen **Umbau** meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner

Teppiche!
Gardinen!
Portieren!
Steppdecken!
Zischdecken!

zu sehr billigen Preisen zum

Ausverkauf!

Hüte, Schirme.

Gewähe den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 Pf.

Otto Gerholdt,

2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stalitzerstraße

5/4 Pfund Brot für 50 Pf.
Frankfurterstr. 87, zweiter Hof,
Strandbergstr. 5.
7245
P. Neubauer jun.

Buss' Ball-Salon,

Gr. Frankfurterstr. 85.
empfiehlt seine Säle zu Verammlungen und Vergnügungen.

Oktober und November sind noch einige Sonnabende frei.

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Genu-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-11, 4-8.
Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:

Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.
Grosse Hamburgerstr. 20, 1.

Haftiren 5 Pf.

Haarschneiden 20 Pf., Kinder 15 Pf.
Schnelle, laudere Bedienung.

H. Freimüller,

588332* Dresdenerstr. 3, am Kottbuer Thor.

Gr. Möbelverkauf,

passende Gelegenheit für Brautleute, Umzugsaufst. 15. Möbel-Ausstattungs-magazin, sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, verziehen gewesene und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, ferner herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark. Teilzahlung gestattet. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verziehen gewesenen und anrid-gelegten Möbel, Kleiderständer, Büchereischränke, Kommoden, 15. Beistelle mit Matrize 20, nachbaumournierte Kleider-schrank und Wäscheschränke 36 Mark, Wäscheschränke und Bettstufen 36, französische Wäscheschränke mit Matrize 40, Säulen-Kleiderschränke, Truhen, Wäscheschränke 60 Mark, Buffets, Kontinentische, Paneeleisofen, Damen-, Herrenschreibtische, Gesessene Möbel werden unentgeltlich 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Kassepanne transportiert.

51982*

Jede Uhr

reparieren und reinigen
folgt bei mir unter
Garantie d. Uhrgehens
nur 1 Mark 50 Pf.
außer Druck, keine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regu-
latoren und Werk, alle Arten
Ketten, sowie Brillen u. Brillen
* Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Strasse 35.

Redakteur gesucht!

Für den in nächster Zeit wöchentlich einmal erscheinenden „Besucher“, Organ der Parteigenossen des 10. sächsischen Reichstagswahlkreises, wird ein tüchtiger erster Redakteur gesucht. Offerten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche sind zu richten an Ed. Zeissig, Chemnitz, Hausoldstraße 2.

Jägerhaus

Schönhauser Allee No. 103.
Reu neuer Garten (6000 Personen fassend) mit neugebauter Bühne für Vereine. Großer Tanzsaal, 4 neu renovierte Kegelbahnen. — Grösste Volksbelustigungen in ganz Berlin.
Kaffeehölde von 2 Uhr an geöffnet. 8879L*

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-5. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22.*

Einsegnungs-Anzüge

in blau u. schwarz Kammergarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen

Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 189.

Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Möbel

und Polsterwaren. Reelle Arbeit.
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. [58782*]
Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

Muschel-schlieflich eigenes Fabrikat

Damen-, Herren- und Kinderwäsche,
Arbeiter-Hemden, Blousen, Jacken und Hosen,
Strumpfwaren. 50082*

D. Wurzel & Co., Wäsche-Fabrik,

17. Wrangelstrasse 17, Ecke Mauerwerkstraße.

Herren- u. Konfirmandenhüte, 1 Mark.

nur neue moderne Sachen. [5076L*]
Prima Qualität 1,50 und 2,-
Die Arbeitshüte immer 65 Pf.
beliebten noch

Gutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.

Wichtig für Brautleute!

Möbel, Spiegel, Polster-waren, waren verkaufe wegen Erbpacht der Ledermische be-sonderer billiger. Ein Werkstätte-Paneele Tischlermeister, Buchhalter, Invaliden-Strasse 13.

Blau Körper-Anzüge

und Mechaniker-Kittel
bequem gefertigt.
C. Fleck & Co., Spezialfabrik,
Kopierstr. III, Hofpark

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuh-fabrik von W. Hittschke, ge-gründet 1873, Stalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuer Thor.*

Empfehle Freunden u. Genossen mein

Weiß- u. Barysch-Bierlokal.

A. Kubaczewski, 9676
Stalitzerstraße Nr. 55.

Geschäfts-Eröffnung.
Allen Bekannten zur Nachricht, daß Unterzeichneten einen

Brauerei-Ausverkauf

Müllerstr. 162
übernommen hat. Um günstigen Zu-kauf bittet
Otto Kuth.

Wo kaufen Sie

Ihre Zigarren? Bei [59552*]
Blauenböse, Schillingstr. 35.

Betten, Steppdecken, Gardinen,
Lischdecken, Vorhänge, Regulatoren,
Remontoir Uhren, Anzüge, Hosen,
Reiseflober, Opermäntel, kostbillig
Flandische Neanderstr. 6.

„Hilfe“

für jedermann in Krankheitsfällen
durch unsere Selbstunterstützung für
überst billige Monatsbeiträge erhält
man bei der Krankenkasse „Hilfe“,
Berlin SO., Stalitzerstr. 82, I.,
am Schellischen Thor.
Agenten allerorts gesucht. 6525

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Billigste Bezugsquelle
für 9000

ff. Fleisch- u. Wurst-Waren

bei

Otto Malicke,

Reichenbergerstr. 71, Ecke Forststr.,
5 Minuten v. Wäldiger Bahnhof.
Speck, fetter u. Pfd. 55, bei 5 Pfd. 53 Pf.
mager „ 75, „ 5 „ 72

Gauleitende Gärtel-Edermantel 55 Pf.
Türhänger Kothwusch . . . 65
H. Lederwusch . . . 75
Sommerliche Band-Edermantel 90
Braunschweiger Kothwusch . . . 85
Polnische Edermantel . . . 70
Kuntenwusch . . . 90
Prima Schlachtwusch . . . 110
Salami . . . 105
Rorder-Schalen im Ganzen . . . 55
Guter Diner-Band-Schinken . . . 100
Delikates-Schinken ohne Knochen . . . 110
Feinster Vachs-Schinken . . . 125
Prima Bratenfleisch . . . 40

Otto Malicke,

71 Reichenbergerstr. 71.

Filz- u. Seiden- Eutlager

Einsgeschulte Hüte
von 1,50 Mark an.
Horenhüte v. 2,50 an.

P. Grund,

1. Geschäft: Brunnenstraße 180.
2. Geschäft: Dresdenerstraße 134.
59452* am Kottbuer Thor.

1. Ziehung d. 3. Klasse 199. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 16. September 1895, nachmittags.
Aus der Gewinne über 100 Mark sind die betragenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

19 165 67 78 329 97 788 839	1108 38 486 554 697
814 2016 146 74 516 57 040 08 795	3130 277 964
569 98 674 772 815 28 908 45	4003 189 349 427 673
85 98 791 820 46 51	5284 96 319 629 700 6005 429
49001 42 71 825 828 63	7075 308 48 69 481 606 720
969 8042 [300] 1266 577 614 710 865	9152 93 264
86 354 558 74 892	
10096 349 418 77 714 838	11042 270192 367 543
84 702 61 990 12051 118 383 71 75 85 849 74 900	13395
478 512 47 741 808 955	14149 [200] 92 420 50 631
1201 864 90	15357 421 617 80 606 22 92 598
16069	
121 38 288 [200] 674 [200] 789	17093 457 501 64 675
81 757 905 18137 93 316 85 428 509	13 763 841 19143
90 395 453 93 [200]	
30027 95 158 296 553 741 [200]	52 989
21121 208	
321 613 56 747 64 80 883 955	22199 564 703 883 914
65 27925 170 416 527 618 976	24237 433 703 80 999
25019 81 306 83 373 414 71 [1000]	81 706 2036 347
695 679 720 60 903	27112 204 675 83 766 825 98 [200]
918 26128 65 224 96 784	29017 283 318 39 55 73
[200] 92 417 677 80 729 892 82	
30044 182 201 11 321 478 508 606 16 55 78 93	
31076 108 255 328 42 55 428 44 60 583 79 792 896	
32386 617 38 46 704 85 808	33025 165 200 23 510
83 682 907 29 59	34023 218 368 94 556 620 88 768
80 878 85 35094 104 277 621 822	36145 923 371 472
615 759 842 96 924 [200] 58	37064 123 59 235 69 406
38 62 527 770 79 [200] 845	38031 189 [200] 277 429
629 724 45 94 30378 84 85 423 897 952	
40011 62 [200] 83 113 62 86 378 473 561 756 822	
69 41109 86 254 621 66 701 50	43017 301 576 633
901 43048 60 87 196 353 63 64 311 761 996	44007
203 465 511 744 531 [200] 83	45153 69 72 236 470
516 40 61 77 677 944 40018 83	45317 418 67 584 660
880 904 81 47114 212 396 425 701 48372 [200] 77 476	
615 57 60 718 78 987 95	49109 44 254 85 356 450
600 355	
50 771 323 76 473 510 634 47 814	51173 239 77 90
420 570 600 63 780 84 801 45 911 28	54091 100 23 43
347 95 406 508 54 621 67 789 949	53651 478 612 49
787 90 54070 91 167 852 64 417 566 719 932 78	55150
570 304 607 812 923 77	56102 286 974 57194 506 663
83 88 75 192 240 49 308 480 561 741 43 898	59041
225 900 442 559 [200] 704 [200]	16 68 81 921 941 84
600 355	
60004 58 74 144 77 511 670 702 6 877 80	61029
126 45 66 211 42 698 718 823 76 964	62043 164 [200]
281 477 89 547 619 506 706 37 909 31	63107 297 514 22
64 924 46053 118 406 602 772 847 907 77	65114 507
457 70 880 85 640 922	66091 472 529 75 781 908
382 67001 41 46 106 70 98	216 51 518 [200] 653 735
574 68041 79 105 212 622 956 430 408 648 97 908	
60078 319 430 89 589 629 738 850 52 911	
70102 822 61 94 972 71101 17 96 471	923 63 392
607 786 803 951 72075 173 321	93 415 724 93 7354
787 170 90 93 [200] 330 603 716 934	74326 31 33 49 593
798 [200] 902 49 96	75198 220 21 47 48 329 58 441 56
820 616 50 76054 93 [200] 904 27 47 74 395 408 503 88	
669 721 77 835 56 924 30	77080 452 79 [200] 509 605
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 613 86 765 831 32 54 920	82413 635 765 813 14
38 83016 19 [200] 95 192 78 271 93 487 95 561 80 794	
387 901 53 71 [200]	84025 470 539 763 896 [200] 907
82059 199 492 505 60 626 936 86	86015 332 417 [200]
70 576 622 87011 69 132 46 280 410 598 638 757 926	
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 613 86 765 831 32 54 920	82413 635 765 813 14
38 83016 19 [200] 95 192 78 271 93 487 95 561 80 794	
387 901 53 71 [200]	84025 470 539 763 896 [200] 907
82059 199 492 505 60 626 936 86	86015 332 417 [200]
70 576 622 87011 69 132 46 280 410 598 638 757 926	
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 613 86 765 831 32 54 920	82413 635 765 813 14
38 83016 19 [200] 95 192 78 271 93 487 95 561 80 794	
387 901 53 71 [200]	84025 470 539 763 896 [200] 907
82059 199 492 505 60 626 936 86	86015 332 417 [200]
70 576 622 87011 69 132 46 280 410 598 638 757 926	
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 613 86 765 831 32 54 920	82413 635 765 813 14
38 83016 19 [200] 95 192 78 271 93 487 95 561 80 794	
387 901 53 71 [200]	84025 470 539 763 896 [200] 907
82059 199 492 505 60 626 936 86	86015 332 417 [200]
70 576 622 87011 69 132 46 280 410 598 638 757 926	
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 613 86 765 831 32 54 920	82413 635 765 813 14
38 83016 19 [200] 95 192 78 271 93 487 95 561 80 794	
387 901 53 71 [200]	84025 470 539 763 896 [200] 907
82059 199 492 505 60 626 936 86	86015 332 417 [200]
70 576 622 87011 69 132 46 280 410 598 638 757 926	
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 613 86 765 831 32 54 920	82413 635 765 813 14
38 83016 19 [200] 95 192 78 271 93 487 95 561 80 794	
387 901 53 71 [200]	84025 470 539 763 896 [200] 907
82059 199 492 505 60 626 936 86	86015 332 417 [200]
70 576 622 87011 69 132 46 280 410 598 638 757 926	
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 613 86 765 831 32 54 920	82413 635 765 813 14
38 83016 19 [200] 95 192 78 271 93 487 95 561 80 794	
387 901 53 71 [200]	84025 470 539 763 896 [200] 907
82059 199 492 505 60 626 936 86	86015 332 417 [200]
70 576 622 87011 69 132 46 280 410 598 638 757 926	
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 613 86 765 831 32 54 920	82413 635 765 813 14
38 83016 19 [200] 95 192 78 271 93 487 95 561 80 794	
387 901 53 71 [200]	84025 470 539 763 896 [200] 907
82059 199 492 505 60 626 936 86	86015 332 417 [200]
70 576 622 87011 69 132 46 280 410 598 638 757 926	
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 613 86 765 831 32 54 920	82413 635 765 813 14
38 83016 19 [200] 95 192 78 271 93 487 95 561 80 794	
387 901 53 71 [200]	84025 470 539 763 896 [200] 907
82059 199 492 505 60 626 936 86	86015 332 417 [200]
70 576 622 87011 69 132 46 280 410 598 638 757 926	
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 613 86 765 831 32 54 920	82413 635 765 813 14
38 83016 19 [200] 95 192 78 271 93 487 95 561 80 794	
387 901 53 71 [200]	84025 470 539 763 896 [200] 907
82059 199 492 505 60 626 936 86	86015 332 417 [200]
70 576 622 87011 69 132 46 280 410 598 638 757 926	
88443 92 510 23 46 608 8 88 811 999	80120 500 80
710 811 54 69 [10000] 77 918 76	
90129 378 516 642 709 97	81088 104 62 309 314
543 61	

Verfassungen.

Eine Volksversammlung, einberufen von der weiblichen Ver-

kaufmannschaft, einberufen von der weiblichen Ver-

in Eberswalde 28-32 1/2 Pf. und 11 St. Da hiernach die Löhne in der

in Eberswalde 28-32 1/2 Pf. und 11 St. Da hiernach die Löhne in der

Eine öffentliche Versammlung der Möbeltransport-

Zu einer stark besuchten Versammlung der Holzarbeiter,

sprach das Mitglied Obst über die Arbeiterorganisationen im Dienste

Die Möbelholzer (Zentrale Norden) hielten am 12. September

Zu der Mitglieder-Versammlung der Kürschner am 12. d. M.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen Schönbergs protestierten

Zu Weiskensee tagte am 10. d. M. eine öffentliche Versammlung

Friedrichsberg. Der Arbeiter-Verein beschäftigte sich

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 18. Sept. vormittags 9 Uhr,

Humanistische Gemeinde. Sonntag, den 18. Sept. vorm. 10 1/2 Uhr,

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

Tischler-Verein. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Metzgerstraße 15; Ver-

Vermischtes vom Tage.

Ein Mann. Dem „Hamb. Corr.“ wird geschrieben: Auf

Zu einer Münchener Brauerei ließ sich ein im Maschinen-

Eine eigenartige Versicherung besteht in Kulm

y. Durch eine Feuersbrunst sind in Remgo 15 Wohn-

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Der fortschrittliche Verein „Franz Siegler“ hatte am

Die Kupferschmiede hielten am Sonnabend im „Englischen

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfs-

Der Verein der Zimmerer tagte am 11. September. Die

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 17. Septbr.:
Opernhaus. Ein Madchenball. —
Schauspielhaus. Coriolan. Anfang
7 1/2 Uhr.
Deutsches. Cyrano von Bergerac.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Im weichen Röhl. Anfang
7 1/2 Uhr.
Berliner. Der Pfarrer von Kirch-
feld. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Otilie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Troubadour. Anfang
7 1/2 Uhr.
Residenz. Frühlingsschwärze. Hieraus:
Eifersucht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Haudenlerche. Anfang
8 Uhr.
Central. Die Weisheit. Anf. 7 1/2 Uhr.
Velle. Alliance. Ueber Band und
Weer. Anfang 8 Uhr.
Chend. Schlang sel. Wwe. Anfang
7 1/2 Uhr.
Suisen. Seine Puppe. Hieraus:
Entdeckt. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädisches.
Leopoldi Gregori (Verwandlungs-
stück). Camalonte. Eldorado.
Zum Schluss: Fregoligrap. An-
fang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi + Ronde.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenkranz 48-19.
Naturkundliche Ausstellung. Täg-
lich geöffnet von 10 Uhr vor-
mittags ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches
Theater.
Jubiläumstraße 57/62. Täglich
abends von 5-10 Uhr: Stern-
warte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten-Vor-
stellung. Anfang 7 Uhr.
Passage Panoptikum. Spezial-
itäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).
Sonnabend zum ersten Male:
Die Haudenlerche.
Schauspiel in 4 Akten
von Ernst v. Wildenbruch.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Haudenlerche.
Montag:
Die Haudenlerche.

Central-Theater
Direktion: J. Farnocy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Eheband-
Geschichte.
Operette in 3 Akten von Owen Hall.
Musik von Sidney Jones. Deutsch
von C. M. Wühr und Julius Freund.
In Szene gesetzt von J. Farnocy.
Dirig. Dr. Kapellmeister C. Goldmann.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Die
Geisha.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu
bedeutend ermäßigten Preisen: **Der
Wettlauf.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Sonntag, den 18. September 1898,
nachm. 3 Uhr:
Volksvorstellung
unter Regie von **Julius Türk.**
Der Sohn der Wildnis.
Romantisches Schauspiel in 5 Akten
von Friedrich Palm.
Dienstag, den 20. September:
Geht auf Reisen des Prinzen Wil-
helms in die Provinz von Ostpreußen
in Wien, des Pr. Grete Bräutigam
vom Hoftheater in Glogau, des Pr.
Claire Gekind von dem Stadt-
theater in Stettin, und der Herren
George Kaiser und George
Wortlich. Schauspiel des Herrn
Fritz Selmerding u. Metropol-
Theater in Berlin.
Novität! 3. Male: Novität!
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsstücke in 6 Bildern
von C. Söndermann u. Ch. Viskoff.
Comp. von Alfred Benker.
Musik von Curt Goldmann.
Anfang 7 1/2 Uhr. 1952b

Luisen-Theater
31. Neichenbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Seine Puppe.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten
von Max Schönan.
Musik von Fritz Krause.
Hieraus: Auftritten d. ersten, deutschen
Verwandlungs-
Künstler
in seiner Tragt-
sondrie:
Zum Schluss: Sinfonia Cosmopolita.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Volksvorstellung in Reinen Preisen:
Seine Puppe. Angelotti.
Abends 8 Uhr:
Auf die lustigsten Verlangen:
Der Kaufmann von Venedig.

Flora-Säle
1000 Ver. laff. Elektr. Beleuchtung.
Besitzer: Born, Nieft, Weberstr. 17.
Septemb. bis Dezember
Sonnabende gratis zu vergeben. *

Offend-Carl Reij-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Extra-Vorstellung zum Besen der
Schüler-Unterstützungskasse der 9. hies.
Fortbildungsschule.
Humoristischer Prolog, verk. u. gep.
vom Direktor G. Weis.
Novität! Zum 11. Male: Novität!
Schlutz sel. Wwe.
Gesangsstücke in 3 Akten
von D. Danck, bearbeitet v. J. Ditt.
Musik von G. Steffens.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Borzugsbilletts haben keine Gültigkeit.
Bei gütlicher Witterung im Garten.
Sonntag:
Rechte Spezialitäten-Vorstellung.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55-57.
Direktor: Rich. Schultz.
Theater-Telephon Amt I. Nr. 378.
Kasse-Telephon Amt I. 2120.
Novität! Zum 15. Male: Novität!
Das Paradies der Frauen.
Gr. Ausstattungsgesellschaft mit Gesang u.
Tanz in 6 Bildern nach Blum u. Lachs's
„Madame Satan“ von Jul. Freund,
Musik von Jul. Einödhofer u. Bertr.
Edinger. In Szene gesetzt vom Dir.
Richard Schulz. Der choreographische
Theil v. Balletmeister Louis Gundlach.
Im 2. Bilde: Ballet u. Die Woden
des Jahrhunderts. (60 Damen.)
Im 6. Bilde: Eva's Vermächtnis,
großes Balletbild mit Apothose
(80 Damen).
Preise der Plätze: Orchesterantell
4,50 M., Parterreantell 3 M., Parterre
2 M., Promenoire 1,50 M. Von
9 Uhr ab 1 M.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Das
Paradies der Frauen.** Restaurant
unter Leitung des Hofkellners L.
Schaurig. Konzert der Teicherkessen-
Kapelle Petrow.

Prater-Theater,
Kassanten-Allee 7/9.
Robert und Bertram.
Posse mit Gesang in 5 Akten
von Hader.
König Tanti mit seinen drei
Hunden. The 3 Foreys, Aineffische
Erzählung. Gebr. Milano, Grottesque-
Duettsitten. Elly Viola, Hofkellner.
Jan and Jim, Amadeus. Morleys,
Fata Morgana.
Konzert u. Ball.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Reichshallen.
Sonnabend, den 17. Sept.:
Erste Soirée
der allbeliebten
Stettiner Sänger
(Weibel, Pietro,
Witten, Steld,
Krone, Nöhl,
Schneider
und Schröder).
Anfang präzis 8 Uhr.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Entree (Saal
durchweg) 50 Pf., Bordeck. 40 Pf.,
Num. Balkon 75 Pf., Balkon-
Logen 1 M., Orchester-Logen 1 M.
50 Pf., Fremden-Logen 2 M. Die
Tageskasse ist von 11-1 Uhr ge-
öffnet.
Vor der Soirée: Konzert.
Musikalisch-humoristisch-
orchestraler Eröffnungs- u. Sei-
prolog von Moysel.

Reichshallen-Restaurant
(vom 17. Septbr. an):
Jed. Abend 8 Uhr: **Gr. Konzert**
des Reichshallen-Orchesters.
(Kapellmeister Max Schmidt).
Som 18. September an: Täglich
Grosser Mittagstisch.
Während des Diners: Konzert des
gesamten Reichshallen-Orchesters.
Restaurations-Chef: Felix Müller.
Küchen-Chef: Fritz Schaller.

**Feen-Palast-
Theater**
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröhel.
Neu! Neu!
Fred Edlwi.
Erster deutscher Original-Bild-
Verwandlungs-Schauspieler
mit seiner Sensationskomödie
Eine Minute zu spät.
Sechs Personen dargestellt von
G b i a n t
Neu! Niska Melitta, Neu!
Sport-Soubrette in ihrem
eleganten Ponny-Gespann.
Neu! Ballen! Kaledostop-
tänzerin. — **Herzer:** Carola
Carla, Prima-Ballerina. —
Helene Voss. — **Max u. Ernst**
Wardini. — **Molly Verch.** —
Borsikow Truppe. — **Weiser**
Trio. — **Carro und Banoia.**
Anfang 7 1/2, Sonntags 6 Uhr.
Entree 50 Pf.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Die Urzeit des Menschen.
Lavalldenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:
**Théâtre-
Variété.**
Ohne
Extra-Entrée.
**Neues
September-
Programm.**

Heute 25 Pf. Entree.
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

**Gastan's
Panopticum.**
Major Grat
**Neu!! Walsin-
Esterhazy.**
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 118.
Otto Reutter
Consuelo Tortajada
Les Minstrels Parisiens
und 15 hervorragende Debuts.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang
der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Novität! Täglich: Novität!
Die Kiebitze.
Große Ausstattungsgesellschaft mit
Gesang und Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Schach und Matt.
Einspiel in 1 Akt
von Carl's Duschow.
Gesamtaustritt des durchweg
neueingetragenen Künstler- und
Spezialitäten-Ensembles.
Anfang: Sonntag 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf., Res. Platz 50 Pf.
Borzugsbilletts haben Gültigkeit.

Berliner Sängers
u. Theater-Ensemble Tyll Eulenspiegel.
Direktion: Oskar Klein - Gustav Oberg.
10 Damen, 12 Herren, groß. Orchester.
Jeden Montag u. Freitag in der
Viktoria-Brauerei.
Jeden Dienstag in der
**Actien-
Brauerei Friedrichshain**
früher Wupp. Am Königsthor.
— **Humor auf Humor.** —
Beginn 7 1/2 Uhr, Bille 75 und 50 Pf.,
Borverkauf 40 Pf.
Empfehle mein **Weiss- und
Bairisch-Bier-Lokal.** franz.
Billard, separ. Vereinszimmer.
Albert Becker,
Blumenstr. 49.
50742*

Thalia-Theater.
Volksvorstellung unter Regie von Jul. Türk.
Sonntag, den 18. September, nachmittags 3 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Sohn der Wildnis.
Romantisches Schauspiel in 5 Akten.
Angem. **Caesar Beck** (Berliner Theater) a. G.
Actia **Meta Binger** (Deutsches Theater) a. G.
Parisienla **Margarethe Walden.**
Karten in den mit Plakaten belegten Geschäften. Umtausch der Karten
schon Sonnabend gestattet.

Max Klien's Sommer-Theater,
Gartenstraße 14/15. — Kritischer Vetter: Paul Milbits.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neues Programm:
**Wienecke's Zwerg-Theater, Mackwell, Frohmensch,
Benedetti, Julliator, Edler von Metz, Transformations-
künstler, Bertolotti, Jongleur, Max Grabow, Komiker,
Elsa Rottl, Chansonette. „Das Täubchen von Quedlin-
burg“, Volkstuck mit Gesang.**
In den Festtagen:
Grosser Ball.
Die Kaffelkuche ist geöffnet.
Max Klien.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Nur noch 14 Tage!
**CARL
HAGENBECK'S INDIEN.**
Schaustellungen in der | Wochentags 5 u. 7 Uhr nachm.
gedeckten Arena: | Sonntags 3, 5 u. 7 „ „
Vorstellungen im Indischen Theater ab 4 Uhr.
Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Konzert.**
Sonntag, den 18.: **Gross-Entscheidungs-Ringkampf**
zwischen dem Indier **Mhabool Khan** u. dem Berliner
Herrn **Kanitzki**
um den Siegespreis von 300 Mk.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48
**Sonnabend
geschlossen.**
Sonntag: Anfang 7 Uhr.
Zum Schluss:
Der liebe Onkel.

Mähr's Theater
Dranienstr. 21.
Täglich:
**Große Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.**
Berliner Wäpser-Mädchen.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Bonds haben Gültigkeit.
**Zu
Ausflügen.
Sommerfesten
u. f. w.
empfehle ich**
Brauerei Pichelsdorf.
Besitzer: **Otto Starck.**
machen wir unsere Landpartie (per
Armsler oder per Schiff)? Zum alten
Freund auf Pichelswerder.
Bei Gesellschaften Bräuden-Rückgang vergütet.

**Wohin
Freund auf Pichelswerder.**
Bei Gesellschaften Bräuden-Rückgang vergütet.
Concurrenz-Manöver!
Man findet sehr oft, dass die eigene Unfähig-
keit oder mangelnde Leistungsfähigkeit bei
Fabrikanten und Händlern durch hohlklingende
Phrasen zu verdecken versucht werden. Auch
verschiedene Cacaos werden in der Presse mit
einem grossen Aufwand von Rodeschwall an-
gepriesen. Ein Versuch des Konsumenten mit
diesen Produkten wird dieselben sofort in die-
jenigen Schranken zurückweisen, in die sie
hingehören.
Die Fabrikanten von van Houtens Cacao sagen
ihrem Cacao nur das nach, wovon sich alle Welt
sehr leicht überzeugen kann. Ein köstliches,
nahrhaftes und leicht verdauliches Getränk, das
infolge eines besonderen Fabrikationsprozesses
den Geschmack in höchstem Grade entwickelt
hat und daher auch auf die Dauer bekömmlich
ist. Ein Kaffeeböl voll genügt für eine Tasse
Cacao van Houten.
Cacao van Houten hat sich während drei-
viertel Jahrhundert als der beste bewährt.
Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131.
Konsulte **H. & M. Lewent.** Beamten
Zahl.-Bed. ohne Anzahl

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**
die Lederhose **Herkules** tragen:
Allein-Verkauf für Berlin. Dieselbe
ist in schönen praktischen dunkelgrauer
und brauner Streifen schicklich ge-
braut. Eine außerordentlich feste
Baure, sehr feste Kappnähte, haltbare
Reinmaterialien, breite, tiefe Leder-
Pilot-Taschen, ein hohes bequemes
Weiß, richtig weit gearbeitete Schenkel-
stücke verleihen der Hose die größten
Vorzüge. Der Hosendaub ist hinten
und vorn aus einem Stück gefertigt,
ein Reigen der angenehmen Bunde-
theile ist daher ausgeschlossen. Die
Stöße sind sehr angenehm, nicht an-
genäm, so daß dieselben nicht so leicht
abfallen können. Trotz all dieser
ganz erheblichen Vorzüge kostet die
Hose nur den billigen Preis von
Bei Entnahme von **4 M. 50**
6 Stück 26 M.
Verandt nach auswärts von 20 M.
an franko. — Bei Bestellungen ge-
nügt die Angabe der Bundesweite und
der inneren Schrittlänge.

Baer Sohn
Chausseestr. 24a. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 16.

Circus G. Deike
Nollendorfsplatz 5.
Der erste und eleganteste reisende
Circus Europas.
130 Personen, 46 Pferde.
Eigene elektrische Beleuchtung.
Heute u. folgende Tage:
Gr. Vorstellung
mit sehr wechselndem Programm.
Sonnabend, Sonntags wie Mitt-
wochs je 2 große Vorstellungen,
nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.

**Volks-Theater im
Welt-Restaurant**
Dresdener, Straße 97.
Täglich: Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung
Neu! Novität! Neu!
Unser Junge.
Posse mit Gesang v. E. Straune
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pfennig.
Sonntags 40 Pfennig.
Die Direktion: Aug. Kohn.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Freitag und Sonnabend:
Keine Vorstellung.
Eröffnung
der Winter-Saison
am Sonntag, den 18. September
zur Aufführung gelangen:
**Schauspiele,
Luftspiele u. Poffen.**

Restaurant „Grüne Trift“
von Wilhelm Reiber, Köpenick,
Wagelheimerstr. 29. Leichtes Lokal.
Empfehle mein **Weiss- u. Bairisch-
Bierlokal.** Garten u. Ausspannung
bei Ausflügen nach den Müggelseen,
Müggelschloß, Strandbich u. f. w., da
nach zur nächsten Restauration drei-
viertel Stunde Weg ist. 5450L.*
Altes Schützenhaus,
Lindenstrasse 5,
empfehle meine „neuen“ Säle.

Deutschlands bedeutende Schuh-Fabriken
[38210*] **Wir unterhalten
in Berlin**
folgende Verkaufsstellen
unter eigener Firma:

- O. Andreasstraße 50.
- S. Dranienstraße 65.
- SW. Friedrichstraße 240-241.
- W. Potsdamerstraße 57-58.
- C. Rosenthalerstraße 14.
- C. Spittelmarkt 15.
- NW. Thurmstraße 37.
- NW. Bismarckstraße 22.

Conrad Tack & Cie, Burg bei Magdeburg.

